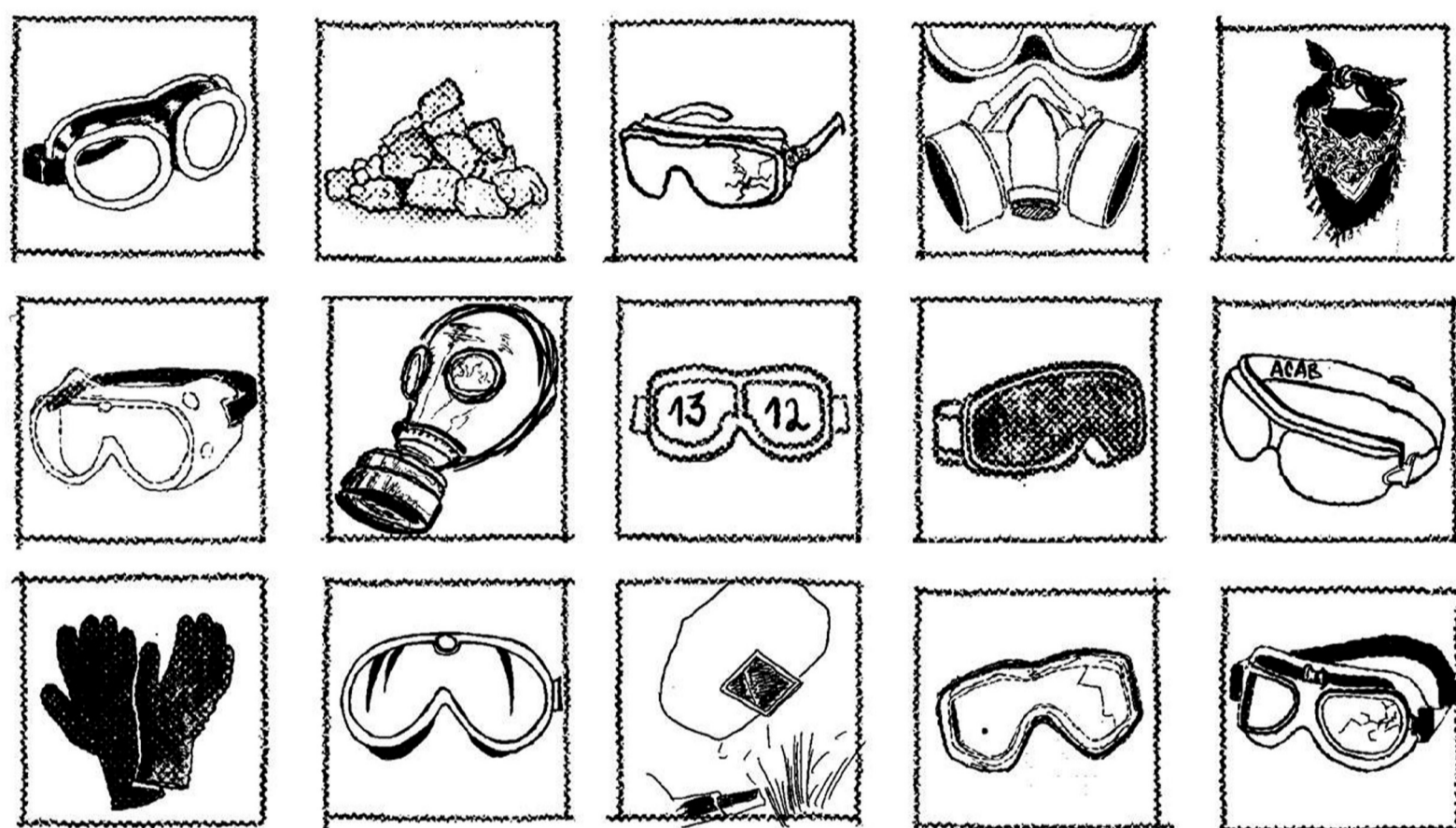




WINTERTHUR Jahrzehntelange Besetzungen bedroht	4
CHILE Der Militärputsch jährt sich zum 50. Mal	9
14. JUNI Organisation am Arbeitsplatz	10
FRANKREICH Aufstand in den Banlieues	14

MIR KÄMPFED WITER



TROTZ GUMMISCHROT

REPRESSION

Weiterkämpfen trotz Gummischrot

Den diesjährigen revolutionären 1. Mai Demos in Basel und Zürich begegnete der bürgerliche Staat, seiner historischen Rolle entsprechend, mit einem vehementen Einsatz des Repressionsapparates. Von diesem Exempel motiviert möchten wir die unvermeidliche Konfrontation zwischen revolutionären Kräften und dem Staat näher betrachten.

(agkkz) Auch am diesjährigen 1. Mai formierte sich die revolutionäre Bewegung, um sich in verschiedenen Schweizer Städten selbstbewusst die Strasse zu nehmen. Der Grad an Repression, mit dem der bürgerliche Staat den Mobilisierungen begegnete unterschied sich dabei von den Vorjahren. In Basel wurde der revolutionäre Block der 1. Mai Demonstration unmittelbar nach Demobeginn von den Bullen eingekesselt, während dem restlichen Demonstrationzug eine alternative Route angeboten wurde. Die Rechnung der Kantonspolizei Basel, die Demo zu separieren, ging dabei nicht auf, sofort wurde das 1. Mai Fest solidarisch beim Kessel abgehalten. In Zürich wurde das Kanzleiareal, ein Ort der Begegnung und des Rückzugs, von den Bullen angegriffen. Der freimütige Einsatz von Gummischrot während des Angriffs führte bei einem Genossen zum Verlust eines Auges. Das blosses Teilnehmen an einer Demo, der sichere Rückzug auf dem Kanzleiareal,

beides wurde vom staatlichen Repressionsapparat brutal unterbunden. Die Wut im Bauch ab den Ereignissen am 1. Mai soll nun Motor einer vertieften Betrachtung der Konfrontation auf der Strasse sein, im Bewusstsein, dass es sich nicht um die ersten und auch nicht um die letzten Angriffe des bürgerlichen Staates auf die revolutionäre Bewegung handelt.

Fruchtlose Appelle

Die Härte der Repression am 1. Mai schlug Wellen bis weit in das reformistische Lager. Linke Politiker_innen warfen den Bullen Unverhältnismässigkeit vor und diverse Medien stellten die Frage, ob der Einsatz von Gummischrot gegen die Bevölkerung legitimes Mittel der Ordnungssicherung sei. Den Appellen gemein ist, dass sie das grundsätzliche Widerspruchsverhältnis zwischen Bewegung und Staat aussen vor lassen. Sollten die Reformist_innen ein Verbot von Gummischrot per Initiativrecht erwirken, so ändert das nichts an der Tatsache, dass wir als Revolutionär_innen uns wieder und wieder mit den Repressionskräften des Staates konfrontiert sehen – nur werden diese dann eine andere Bewaffnung tragen. Die Angriffe des Repressionsapparates treffen die im Kapitalismus ausgebeutete Klasse als Ganzes. So gilt es auch sich

als Klasse zu organisieren und gemeinsam Antworten zu finden. Demgegenüber hat der Reformismus ein die Klasse spaltendes Moment: die Frustration ab dem Zustand der Welt richtet sich nicht gegen die Herrschenden, sondern gegen jene, welche den Stimmzettel falsch ausgefüllt haben. (Sollten in ferner Zukunft alle Bürger_innen den Stimmzettel richtig ausfüllen [ein statistisch gesehen sehr unwahrscheinliches Ereignis...], dann wird die Welt eine Gute werden, denkt sich der Reformist...)

Law and Order

Der Repression der Bullen ausgesetzt, muss ins Bewusstsein gerückt werden, dass diese nicht von sich aus handeln, sondern von den Institutionen des bürgerlichen Staates angeleitet werden. Recht und Ordnung sind im bürgerlichen Staat mitnichten mit Gerechtigkeit gleichzusetzen. Dies stellten die Stiff Little Fingers, eine legendäre Punkband aus Belfast, bereits 1979 in ihrem Hit Law and Order fest, wo es heisst: «Law and Order/There's no justice in it, none» (Recht und Ordnung/ dahinter steckt überhaupt keine Gerechtigkeit).

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

- 3 Niger: Kampf in und um Westafrika
- 4 Winterthur: (K)ein Ende einer Ära
- 5 Mythos Connewitz
- 6 Basel: Konjunktur der Repression
- 8 Gedanken über Militanz
- 9 Chile: «Sie können alle Blumen abschneiden, aber nie werden sie den Frühling aufhalten»
- 10 14. Juni: Mehr tun, als erlaubt ist
- 12 Hausdurchsuchungen wegen «linksunten.indymedia»

Serie «I'm a Virgo»: Punk not dead. Überdreht mit dem Mainstream gegen den Mainstream
- 13 «Cela ouvre, aux révolutionnaires, des perspectives»
- 14 Rojava: «Wir können uns nicht auf Hilfe von aussen verlassen»
- 16 Landesmuseum: Rote Zora und Schwarze Brüder

POLITISCHE GEFANGENE

Drinnen & draussen – eine gemeinsame Sache. Wir halten den Posten!

Anfang Juni kam es zu zahlreichen Aktionen und Demonstrationen rund um die Urteilsverkündung gegen die Antifaschistin Lina. Höhepunkt der Repression war ein Kessel mit über 1000 Personen. Die Verhafteten, welche in die JVA Leipzig kamen, schlossen sich zusammen und veröffentlichten dieses Communiqué.

Genauso wie für all jene, die in Solidarität mit Lina und ihren Genossen auf die Straße gehen, war der 3. Juni auch für die Behörden und die herrschende Politik ein wichtiges Datum.

Während die Einen – in einem Land in dem es vor Faschisten inner- und ausserhalb der Behörden nur so wimmelt – die Notwendigkeit und Legitimität antifaschistischen Selbstschutzes verteidigen wollen, ging es den Anderen darum die Solidarität und die Bezugnahme auf das «Antifa-Ost-Verfahren» anzugreifen, zu kriminalisieren und zu brechen.

Das was im Dresdner Gerichtssaal begonnen hat, sollte auf der Strasse fortgesetzt werden.

Dass dieser Schuss nach hinten losgeht, beweist die grosse Demo am Montagabend. Gemeinsam gegen die Leipziger Verhältnisse. Wir waren nicht auf dieser Demo, auch wenn wir es gerne gewesen wären. Wir, das sind die politischen Gefangenen aus der JVA Leipzig nach dem Wochenende. Wir alle sind an diesem ersten Juniwochenende in Leipzig an unterschiedlichen Orten, mit unterschiedlichen Vorwürfen verhaftet und eingeknastet worden.

Wollte man es etwas anders ausdrücken, könnte man sagen, wir sollen das i-Tüpfelchen der polizeilichen Strategie sein. Das harte Durchgreifen. Die Bestätigung der medialen Hetze im Vorfeld. Wir sind das aber nicht, wir werden das auch nicht sein! Wir sind politische Menschen, solidarisch denkende & handelnde Genossen. Wir kommen aus unterschiedlichen Ecken der Republik und aus unterschiedlichen Spektren der ausserparlamentarischen Linken. Uns eint die Solidarität mit Lina und Co., sowie das Streben nach einem selbstbestimmten Antifaschismus.

Uns eint auch unsere aktuelle Lage als politische Häftlinge der JVA. Deswegen haben wir uns zusammengeschlossen, um uns nach Kräften zu unterstützen und auch hier drinnen Solidarität praktisch werden zu lassen.

Hier drinnen, in all' der Tristesse, Vereinzelung & Repression, werden wir für unsere gemeinsame Idee einer besseren, solidarischen Welt eintreten. Freiheit für alle politischen Gefangenen! Freiheit für alle sozialen Gefangenen! Wir sind im Recht und wir werden siegen!



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Heute Streik. Morgen Revolution. Am 14. Juni in Zürich.

Editorial

(red) Im Osten Europas gibt es schon länger rechte Regierungen. In Ungarn macht Victor Orban immer wieder mit antisemitischen und fremdenfeindlichen Aussagen Schlagzeilen, bzw. ist das Spektakel nicht mehr so gross und in den Medien hat sich die Empörung etwas abgenutzt. Auch in Polen brüstet sich Andrzej Duda damit, dass kein einziger geflüchteter Mensch nach Polen reinkommt. Die Situation an den Grenzen Polens, wo vor allem die polnisch-belarussische Grenze bekannt wurde, wo Menschen im Winter wochenlang in der Kälte warteten, zeigen die Unmenschlichkeit von solchen Regierungen, die demokratisch gewählt sind und im EU-System bestehen können.

Neuer ist die rechte Regierung mit Georgia Meloni in Italien. Sie ist Migrant_innen nicht minder feindlich eingestellt als ihre osteuropäischen Kollegen. Und auch in Spanien haben bei den letzten Wahlen wieder die Konservativen die Mehrheit erlangt.

Diesem ganzen Schauerkabinett steht man erstmals etwas ratlos gegenüber. Wie kann es dazu kommen, dass so irrational und komplett gefühllose Anführer_innen in verschiedenen Ländern an der Macht sind? Für uns ist klar, das ist die Reaktion auf die Krise des Systems. Im Moment, wo die Machtverhältnisse und hegemoniale Ideale ins Wanken kommen, wird die Situation für die Herrschenden brenzlich. Die Menschen können sich den Aufbruch in eine andere Gesellschaft vorstellen, dagegen kann nur eine starke reaktionäre Mobilisierung durch die Mächtigen etwas ausrichten.

Unser Ansatz gegen die reaktionäre Politik ist die fassbare Mobilisierung auf der Strasse. Hier können Machtverhältnisse konkret dargelegt werden, was im Artikel auf Seite 8 besprochen wird. Auch in Quartieren wie in Connewitz in Leipzig (Seite 5) können wir sehen, wie Widerstand erfolgreich organisiert wird.

Eine greifbare revolutionäre Position ist in krisenhaften Zeiten unabdingbar!

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zielt der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

NIGER

Kampf in und um Westafrika

Seit Ende Juli regiert in Niger das Militär. Nach Mali und Burkina Faso ist es bereits das dritte Land der G5 Sahel, welches innert kurzer Zeit mit dem französischen Imperialismus zu Brechen versucht.

(gpw) Die Ketten, die Frankreich seinen ehemaligen Kolonien in Westafrika vor 60 Jahren anlegte (vgl. aufbau 105), werden zusehends brüchig, beziehungsweise gleich zerschlagen. Insbesondere an den verschiedenen Militäroperationen, die unter französischer Führung seit 2013 zwecks Jihadismusbekämpfung in der Region stattfinden, kristallisiert sich ein populärer Unmut gegen die Fortsetzung der neokolonialen Einflussnahme aus Paris auf die Region. Ein Jahrzehnt nach ihrem Beginn haben die westlichen Militärs ihre Sicherheitsversprechen nicht halten können. Und so wird der gegenwärtige Machtwechsel in Niger von einer gesellschaftlichen Stimmung getragen, die nach einem Bruch mit der kolonialen Kontinuität trachtet und hierzu vorderhand die Militärpräsenz Frankreichs beenden will. Die dort stationierten 1'500 Soldat_innen Frankreichs sollen bereits im September Niger verlassen, die UNO-Mission MINUSMA, die im Mali angesiedelt ist, wird auf Ende 2023 ganz eingestellt. Die Projekte der Europäischen Union in der Sahel-Zone scheinen derweil (noch) nicht zum Thema geworden zu sein.

EU-Aussenminister Josep Borrell, der noch kurz vor dem Putsch Niger besuchte und dabei die strategische Bedeutung des Landes und der Region betonte, weiss, dass die EU gut daran tut, es sich nicht gänzlich mit den neuen Machthabern zu verscherzen. Die zwei Missionen der EU – EUCAP in Niger und EUTM in Mali – dienen der vorgelagerten Flüchtlingsabwehr, indem (unter anderem, aber hauptsächlich) die Sicherung der Grenzen der beiden Sahelstaaten mit Algerien und Libyen im Norden vorangetrieben wird. Denn in Richtung Süden wird die Festung von Europa aus gewissermassen in drei Ringen ausgebaut. Während das Mittelmeer einen ersten natürlichen Schutzring bilden soll (was nur wirkt, wenn jede Seenotrettung verunmöglicht wird), werden in einem zweiten Ring Deals mit den afrikanischen Mittelmeerstaaten abgeschlossen, die ihr Möglichstes tun sollen, um die Flüchtlingsströme noch vor der Küste zu ersticken. Jüngstes Beispiel hierfür: Der tunesische Staat, mit dem im Juni ein entsprechender Migrationsdeal unterschrieben wurde, setzt Flüchtlinge ohne Wasser in der tunesisch-libyschen Wüste aus. Die Wirkung ist gleich mörderisch wie die Pushbacks im Mittelmeer.

Arrangement statt Eskalation

Schliesslich der dritte Ring der Festung Europa in der Sahelzone, wobei nun eben drei der fünf G5 Sahel-Staaten, die formell die Partner der EU in diesem tödlichen Unterfangen bilden sollen, sich vom Westen abwenden (die Ausnahmen sind – noch – Tschad und Mauretanien). Entsprechend forsch die Forderungen aus Paris, Brüssel und Berlin, wonach eine Sicherung beziehungsweise Wie-



Putsch ist nicht gleich Putsch: Der tschadische Putschist Mahamat Déby an der Seite des französischen Präsidenten Emmanuel Macron (Paris, Februar 2023).

derherstellung europäischer Interessen zu erfolgen hat, andernfalls aber mindestens mit Sanktionen, vielleicht auch mit Krieg zu rechnen ist. Insbesondere Frankreich vertritt dabei einen harten militärischen Ansatz und giesst Öl ins Feuer, weil es weiss, dass ohne eigene militärische Präsenz in der Region eine Kontinuität seines Einflusses erschwert wird. Dergestalt rausspediert liesse sich das Renommee als militärische Grossmacht nur schwer halten. Deutschland und die EU setzen derweil «nur» auf Sanktionen und gelten so als besonnen. Wohlgemerkt: Es gibt viele Wege zu töten. Einem arm gehaltenen Land wie Niger (nach allen Indizes an der Seite von Tschad, Burkina Faso und Mali eines der ärmsten Länder der Welt), welches vollends von Importen abhängig ist, diese mittels Sanktionen zu verweigern, ist ähnlich tödlich wie die direkte Gewaltanwendung. Die Mär der westlichen Besorgnis für «humanitäre Werte» enthüllt sich schnell wenn es ans Eingemachte geht.

In die Quere kommt dem geforderten Krieg auch, dass jene, die ihn führen sollten, diesen nicht wollen. Auserkoren hierzu wäre die ECOWAS, die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft mit 15 Mitgliedsstaaten (wovon vier gegenwärtig suspendiert sind – Gambia, Mali, Burkina Faso und neu Niger). Während die suspendierten Staaten ankündigen, sich bei einem Krieg gegenseitig zu unterstützen, ist in Nigeria – das ECOWAS-Land, welches die Hauptlast des Kriegs zu tragen hätte – das Parlament explizit gegen eine militärische Intervention. Würde der nigerianische Präsident Bola Tinubu also seinen Kriegs-

willen dennoch durchsetzen, so nur unter gleichzeitigem Bruch der Verfassung, welches einen Auslandseinsatz ohne Parlamentsbeschluss ausschliesst. Der Scheinkonflikt «Demokratie» gegen «Autokratie» würde so noch offenkundiger zur Nebelpetarde, die auf Formen zielt, um von Interessen abzulenken.

Absehbar ist mittelfristig eher ein Arrangement des Westens mit den neuen Machthabern als ein neuer Krieg. Weder die Migrationsströme, die ein solcher verstärken, noch die Räume, die er für jihadistische Gruppen weiter öffnen würde, werden aus Sicht der EU diesen Preis wert sein. Dazu kommen die nigrischen Uranvorkommen, die angesichts des «grünen» Labels der Atomkraft in der EU bei gleichzeitigem Abbruch von Gaslieferungen aus Russland gewiss nicht nebensächlich sind. Forciert wurde das grüne Label im Übrigen von Frankreich, welches die Mehrheit des Minenunternehmens besitzt, das in Niger Uran fördert. Imperialismus schafft Abhängigkeiten in beide Richtungen. Die USA, die rund 1'000 Soldat_innen im Land stationiert haben und dort eine Drohnenbasis betreiben, scheinen bereits auf eine Weiterführung der Zusammenarbeit mit dem nigrischen Militär hinzuarbeiten. Die Lage ist symptomatisch für die Wandlung der Welt in Richtung Multipolarität. Es werden sowohl Umbrüche möglich, die vormals wenig denkbar schienen, zugleich tragen diese viel Eskalationspotential in sich, wenn es stets auch um den Abstieg alter und Aufstieg neuer Grossmächte geht.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Strassenkampf ist Klassenkampf – Erklärung zum 12. Mai 2023

Gestern Nacht (12. Mai) haben wir uns mit einer verdammten Wut im Bauch im Kreis 4 zusammengefunden und uns militant, entschlossen und unkontrollierbar die Strasse genommen. Aus der Überraschung heraus und mit grosser Entschlossenheit haben wir die herbeieilenden Bullen angegriffen. Für einen kurzen aber nachhaltigen Moment haben wir damit das staatliche Gewaltmonopol gebrochen und den Bullen in ihrer Arroganz einen gehörigen Schrecken eingejagt. Wenn wir gemeinsam und solidarisch agieren, ist es möglich, den bestehenden Verhältnissen und dessen Repressionsschergen Nadelstiche zu versetzen!

Gründe, um die Polizei anzugreifen, gibt es unzählige. Überall dort, wo sich gesellschaftliche Widersprüche aufmachen, agieren sie als bewaffneter Arm des Staates. Sie sind es, welche mit ihrer Omnipräsenz auf der Strasse die Interessen des Kapitals durchzusetzen versuchen. Wenn das Langstrassenquartier weiter aufgewertet wird, sind sie es, die alles, was nicht mehr ins Bild vom «Schicki-Micki-Viertel» passt, schikaniert, wegweist oder verhaftet. Wenn der bürgerliche Staat sich weiter nach aussen abschottet, statt Fluchtursachen wie Kriege oder Umweltzerstörung zu bekämpfen, sind sie es, welche an den Grenzen stehen oder Migrant*innen einsperren und Ausschaffungen sichern. Wer die

Heiligkeit des Eigentums in Frage stellt, sich nimmt, was gebraucht wird um zu (über-)leben, trifft früher oder später auf die Freunde des Gesetzes. Wenn Jugendliche keinen Bock darauf haben, ihren kümmerlichen Lehrlingslohn für zu teure Clubs und Getränke rauszuschmeissen und sich stattdessen selber organisieren, ja auch dann sind sie es, die einschreiten. Es könnten hier noch endlos Beispiele aufgezeigt werden, doch auf was wir hinauswollen: Die Polizei ist hier, um die bestehende Ordnung und die Interessen der besitzenden Klasse zu verteidigen. Sie agiert im Auftrag des bürgerlichen Staates.

Daher überrascht uns das brachiale Vorgehen, wie wir es an diesem 1. Mai in Zürich, Basel und anderswo erlebt haben, nicht wirklich. Die revolutionäre Bewegung erreichte in diesem Jahr bereits einige Momente, in denen es gelang, eine kollektive Antwort auf die Klassenlämpfe von oben zu geben. Wie schön war es, als wir gemeinsam auf die Räumung des Koch-Areals reagierten und den Herrschenden den Preis für die Vernichtung von Freiraum vor Augen führten. Wie stärkend, als wir auch dieses Jahr wieder gegen Patriarchat, Sexismus und Kapitalismus am 8. März auf die Strasse gingen und uns gegen die Staatsgewalt durchsetzten. Wie befreiend, als wir an der Reclaim the Streets gemeinsam Profitgier und Konsumzwang durchbrachen und nicht nur feierend durch die Strasse gezogen sind, sondern uns gegen die erwartenden

Angriffe organisiert zur Wehr gesetzt haben. Der Staat hasst jene Momente des Kontrollverlusts und sieht sich im Zugzwang, wenn sich Widersprüche zu sehr zuspitzen und Alternativen aufgezeigt werden. Politiker*innen verschiedener Parteien holen zum Rundumschlag gegen die revolutionäre Bewegung aus und die Medien giessen mit ihrer Hetze weiter Öl ins Feuer. Praktischer Ausdruck dieser Politik findet sich dann auf der Strasse wieder. Wenn das Klima stimmt, mit politischer Rückendeckung von oben zu rechnen ist, dann sitzt der Finger am Abzug etwas lockerer und es können auch bewusst Verletzungen in Kauf genommen werden. Koste es, was es wolle. Hauptsache der staatliche Auftrag wird ausgeführt.

Empört uns das Ganze jetzt? Natürlich nicht. Vielmehr sagen wir, Empörung hat noch nie ausgereicht! Ob Kontrollen, Gummischrot, Knüppel oder Handschellen: Getroffen werden Einzelne. Der Angriff aber gilt all jenen, die nicht weiter bereit sind, den Status Quo zu akzeptieren. Die Wut über Herrschaft muss zum Brandbeschleuniger sozialer Kämpfe werden, gegen die Angriffe von oben müssen kollektive Antworten gefunden werden. Gegen den Staat und seine Lakaien in Uniform müssen wir uns organisieren, um Alternativen nicht nur kurzfristig aufzuzeigen, sondern langfristig zu erkämpfen.

von: <https://barrikade.info/article/5954>

WINTERTHUR

(K)ein Ende einer Ära?

Nicht nur in Zürich, sondern auch in Winterthur wird die Schlinge der kapitalistischen Urbanisierung immer enger. Es drohen Wohnungsnot und steigende Mieten – und die Räumung jahrzehntelanger Besetzungen.

(raw) In der Stadt Winterthur und Umgebung gibt es bis anhin noch sieben besetzte Häuser, diese werden seit mehreren Jahrzehnten selbstverwaltet und auf eigene Kosten in Stand gehalten, bewohnt und mit diversen unkommerziellen und politischen Veranstaltungen bespielt. Alle Häuser haben eins gemeinsam: Sie wurden vor über 40 Jahren von Bruno Stefanini erworben – er sammelte nicht nur Kunst, sondern auch Immobilien. Bruno Stefanini liess diese Häuser, wie viele seiner anderen Liegenschaften zerfallen. Dies aus Absicht, sein «Geschäftsmodell» bestand darin, verhältnismässig günstige Mieten einzustreichen, dafür grundlegende Instandhaltung auf Jahrzehnte aufzuschieben. Seit Stefaninis Tod und einem jahrelangen Erbstreit über seinen Nachlass gehören nun tausende Liegenschaften in der ganzen Schweiz der «Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte» (SKKG), davon befinden sich in Winterthur ungefähr 1700 Immobilien. Seine Tochter Bettina Stefanini, welche die neue Stiftungsratspräsidentin der SKKG ist, möchte nun die von ihrem Vater umschifften Kosten der Renovation auf die Mieter_innen abschieben. Es wird nun zwar endlich saniert, doch anschliessend die Mieten erhöht. Es ist klar, dass unter der Chiffre «bezahlbarer Wohnraum» etwas anderes verstanden wird, als was die SKKG anbietet – so verdrängt die SKKG an vielen Orten heutige Bewohner_innen aus ihren langjährigen Wohnungen. So kostet beispielsweise eine 3.5-Wohnung in der Altstadt nun das dreifache.

Auch die sieben besetzten Häuser sind Eigentum der SKKG. Anfangs Juli 2023 wurde den Besetzer_innen mitgeteilt, dass drei davon Ende 2025 gewaltsam geräumt werden sollten. Dazu gehören die «Gisi», die seit 26 Jahren besetzt ist, das «Sanatorium», besetzt seit 2004, und das Haus an der Schaffhauserstrasse, seit 2003 besetzt. Die Räumungsandrohung betrifft diejenigen Häuser, welche am längsten besetzt sind. Mit den anderen vier Häusern sollen kurz bis mittelfristige Nutzungsverträge ausgehandelt werden. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die vorgeschlagenen Verträge der SKKG eine Farce sind. Sie sind repressiv und profitorientiert und nicht an der Notwendigkeit orientiert, in Winterthur günstigen Wohnraum oder kulturellen und politischen Freiraum zu schaffen. Wie konnte man es auch anders erwarten!

Schöner Wohnen ohne Kapitalismus

In Winterthur wird seit Jahrzehnten besetzt und damit auch um den Erhalt von günstigem Wohnraum gekämpft. Einige der ehemals besetzten Häuser gingen dafür den Weg der Legalisierung und konstituieren sich nun als Genossenschaft oder wurden im Baurecht übernommen. Nebst dem Raum für Organisation, politischem und kulturellem Austausch bieten sie so günstigen Wohnraum an zentralen Standorten, der auch in Winterthur immer schwieriger zu finden ist. So beispielsweise an der Steinberggasse, beim Teuchelweiher und in Veltheim, wo sich der Infoladen «Rabia» befindet. Diese Projekte zeigen in einer brutalen Deutlichkeit auf, wie günstig das Wohnen sein könnte, wäre der Wohnraum nicht Teil kapitalisti-

scher Verwertungslogik. So belaufen sich die Kosten pro Zimmer auf 250 bis 300 CHF pro Monat. Damit werden Umbauten und die Instandhaltung der Gebäude finanziert, wobei diese Tätigkeiten von entsprechenden Facharbeiter_innen ausgeführt werden. Aktuell wird in Winterthur für ein Zimmer von ähnlichem Ausbaustandard und ähnlicher Lage das drei- bis fünffache an Miete verlangt. Weder sind die aktuellen überhöhten Preise «normal», noch waren sie es vorher jemals. Man muss immer wieder deutlich machen, dass die Miete der Ausdruck davon ist, dass Personen damit Geld verdienen, Immobilien zu besitzen und Menschen in ihren Räumen wohnen zu lassen. Der Vermieter und die Vermieterin ist nichts anderes als die Fabrikbesitzerin und der Fabrikbesitzer – sie verdienen an der Arbeit und am Leben anderer. In diesem Sinne erstaunt es wenig, dass sich die SKKG in ihrem neuen Aufwertungskurs nun auch den verbleibenden besetzten Häusern «annehmen» will – schliesslich wird durch die Besetzung Profit entzogen und der Geldmacherei durch Besitz von Immobilien ein Riegel geschoben. Das Besetzen von Häusern ist somit nicht nur die Eroberung von günstigem Wohnraum, es ist auch ein Widerstandsakt gegen die kapitalistische Verwertung von diesem.

Aufwertung heisst Aufstandsbekämpfung

Die besetzten Räume und Zentren bieten nicht nur günstigen Wohnraum, sondern auch Platz für antikapitalistische Projekte und politische Organisation. So muss die Repression gegen diejenigen, die sich gegen die kapitalistische Urbanisierung wehren und Häuser besetzen, mehrdimensional gedeutet werden. Für den Staat steht einerseits im Mittelpunkt, die kapitalistische Verwertungslogik zu ermöglichen, also all den Stefaninis dieser Welt «ihre» Besitztümer wieder zur Verfügung zu stellen. Andererseits ist Aufwertung auch Aufstandsbekämpfung. «Aufwertung» meint nicht nur die Sanierung von bestehendem urbanem Raum, sondern im Rahmen des weiteren Begriffs der «kapitalistischen Urbanisierung» auch die Neuplanung von Stadtteilen und Strassenzügen, wie in Winterthur beispielsweise die Archhöfe oder in Zürich die Europaallee. Dabei spielt nicht nur eine vermeintlich schicke Architektur eine Rolle, sondern auch die potenzielle Nutzung der Menschen, die sich später in diesen urbanen Räumen bewegen. Vielleicht wäre es zutreffender von einer Nicht-Nutzung zu sprechen, denn bei der Planung von neuen Stadtteilen und Quartieren hat die Kontrolle von Menschengruppen und die Aufstandsbekämpfung eine hohe Priorität, wie Leitlinien der Stadt Zürich für Architekturbüros und Landschaftsplaner_innen zeigen. Dabei geht es um vermeintliche Details wie die Platzierung von Abfalleimern und Sicherung von Containern, aber auch um Installationen, damit Menschen nicht auf Parkbänken schlafen können. Weiter sind Konzepte zur Beleuchtung und die Integration von Überwachungskameras sowie Vorgaben zur Breite von Einfahrten, damit beispielsweise Fahrzeuge der Polizei Durchgang finden, bauplanerisch relevant. Die Städte werden im Rahmen der kapitalistischen Urbanisierung also nicht nur dahingehend aufgewertet, dass überschüssiges Kapital reinvestiert wird und mehr Profit durch höhere Mieten zu erzielen, sondern auch in die Investition in eine «sichere» Stadt. Denn sichere Städte sind attraktiv für internationales Ka-

pital. Es ist also kein Zufall, dass die Archhöfe und Neuhegis dieser Welt so aussehen wie sie aussehen – sie sind Teil einer repressiven Architektur, die mit dem Begriff «Aufwertung» daherkommt. Besetzte Häuser widersprechen diesem Anspruch auf Sicherheit und Kontrolle diametral. Denn, wie oben erwähnt, entzieht man dadurch nicht nur Wohnraum der Profitlogik, sondern auch der Überwachung und Kontrolle. Besetzte Häuser haben nicht nur eine Funktion im Rahmen von sozialem Wohnen, sie sind nicht nur Raum für unkommerzielles Beieinandersein, sondern auch Terrain für antikapitalistische und revolutionäre Organisation. Der Angriff auf besetzte Zentren ist demnach nicht nur Repression, die durch Marktlogik legitimiert wird, sondern auch durch den Überwachungsanspruch des bürgerlichen Staates.

Die letzte Bastion? Ein Denkanstoss

Als zu Beginn dieses Jahres das besetzte Koch-Areal in Zürich geräumt wurde, wurde dies in den bürgerlichen Medien als Zäsur gehandelt. Eine Ära sei vorbei, eine Ära der richtig grossen Besetzungen, wo mit verschiedenen Wohnformen experimentiert und Grossanlässe organisiert werden konnten. Tatsächlich hat die Stadt Zürich eine lange Geschichte grosser besetzter Zentren und ein Ersatz für das Koch-Areal steht ausser Sichtweite, da brachliegende Areale in immer höherem Tempo verwertet werden. Die Deutung als Bruch in der Geschichte soll hier jedoch nicht weiter verfestigt werden, denn diese Geschichte ist nicht ohne Perspektive, blickt man beispielsweise auf die neue Besetzung der Post in Wipkingen. Gleichzeitig muss aber auch festgehalten werden, dass sich europa- und schweizweit eine deutliche Tendenz zur Auflösung besetzter Häuser zeigt. Die Repression dagegen war und ist in den Städten wie Basel, Luzern und Genf enorm und hat zu einer grossen Verdrängung antikapitalistischer Projekte und revolutionärer Organisation geführt. Dieser Angriff steht nun auch Winterthur bevor und man fragt sich, ob man Winterthur als letzte Bastion erwähnen müsste, würde man in 50 Jahren versuchen die Geschichte der besetzten Häuser in der Schweiz zu schreiben. Im Vergleich zu den anderen Schweizer Städten waren die besetzten Häuser in Winterthur lange unangetastet, was sich auch in ihrer langjährigen Existenz zeigt. Vielleicht ist es überhöht und übereilt, gleichzeitig könnte es genau jetzt der Moment sein, um die Verteidigung des Häuser-Besetzens stärker aufzunehmen, weil es zu einem späteren Zeitpunkt auch zu spät sein könnte. Vielleicht ist es jetzt der Zeitpunkt, um mit der gleichen Vehemenz, wie wir militante, unbewilligte Demos als Ausdruck unserer Politik verteidigen, die Praxis des Besetzens zu verteidigen. Weil das besetzte Haus mehr ist als nur Raum für subjektive Entfaltung, weil es ein Widerstandsakt ist gegen die kapitalistische Urbanisierung und ihrer Repressionsmechanismen.

MERKE



Normalerweise zeigen wir euch in dieser Rubrik Bilder von Bullen. In dieser Ausgabe haben wir einen Aufruf für euch: Wer am 1. Mai in Zürich vom Kanzleiareal aus Fotos gemacht hat, soll sich mit rothilfe@aufbau.org in Kontakt setzen. Gemeinsam sind wir stark, gemeinsam zerstören wir ihre Anonymität.



STÄDTEKAMPF

Mythos Connewitz

Das am Stadtrand Leipzigs gelegene Quartier wehrt sich seit Jahrzehnten erfolgreich gegen rechte und staatliche Kräfte. Dies bedarf der stetigen Auseinandersetzung, um sich auch der eigenen Entwicklung zu stellen.

(agj) Rund um den von der Bewegung ausgerufenen «Tag X» im Mai 2023 als Antwort auf die Urteilsverkündung im Prozess gegen antifaschistische Genoss_innen ging es immer wieder um Connewitz. Während am Vorabend des Tags mit einer Platzbesetzung die Strassen genommen und mit Barrikaden erfolgreich verteidigt wurden, wurde am darauffolgenden Tag der über 12 Stunden andauernde Kessel so gut es geht von aussen versorgt. Schon seit Monaten gehörten Hausdurchsuchungen, Personenkontrollen und ein über dem Viertel kreisender Polizeihelikopter zum Ausdruck des staatlichen Versuchs, den vom Quartier ausgehenden Widerstand zu brechen. Die Solidarität zueinander und gegen die Repression ist eine Selbstverständlichkeit, die aus der Geschichte des Viertels folgt.

Nach der sogenannten Wende im Jahr 1989, unter deren Begriff die Ereignisse rund um das Ende der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und des Anschlusses dieser an die Bundesrepublik Deutschland (BRD) zusammengefasst werden, entstand in vielerlei Hinsicht ein Vakuum auf dem ehemals sozialistischen Gebiet in Ostdeutschland. In der DDR gab es vormals die Bestrebungen, bestehende Bausubstanz weitestgehend abzureissen und durch typisierte Plattenbauten zu ersetzen. Das galt sowohl für öffentliche Gebäude wie für Wohnhäuser. Bestehende Wohnquartiere aus der Gründerzeit wurden, auch aus finanzieller Not heraus, weitestgehend dem Verfall frei gegeben. Aufgrund der Wohnungsnot entwickelte sich in solchen Quartieren die ab den 1980er-Jahren gängige Praxis des Schwarzwohnens.

Während sich das staatliche Wohnraumvergabemonopol der DDR auf die Neubaugebiete vor der Stadt mit ihren Grosswohnsiedlungen in Plattenbauweise konzentrierten, entstanden so in den baufälligen Innenstädte neue Freiräume. Auch wenn diese Besetzungen zu Beginn meist aus privater und praktischer Selbsthilfe heraus entstanden, entwickelte sich eine subkulturelle Szene, die die entstandenen Freiräume als Experimentierfeld nutzte. Einige in dieser Zeit entstandene grössere Besetzungen, wie die Rigaer Strasse in Berlin, bestehen bis heute. Durch die internationale Aufmerksamkeit und das Ziel der Aufwertung der neuen deutschen Hauptstadt wurde hier allerdings auch schnell durch Staat und Polizei reagiert und viele Projekte verschwanden schnell wieder.

Sächsisches Auenland

Anders in Connewitz. Das Viertel genoss bereits in den letzten Jahren der DDR den Ruf, alternativ geprägt zu sein. Seit den 1970er Jahren hatte die Regierung dort immer mehr Student_innen angesiedelt. In den langsam einfallenden Wohnhäusern gab es ausserdem schon viele einzeln besetzte Wohnungen. Eine aus einer breiten Bürgerbewegung entstandene Initiative wollte die sogenannte «Connewitzer Alternative» nach dem Anschluss durchsetzen und besetzte kurzerhand 14 Häuser, um diese kulturell zu bespielen. In einem Papier dieser Zeit formulierten Aktivist_innen das Ziel, Connewitz zu einem «selbstständig verwalteten Territorium» zu machen und einen «nicht profitorientierten und inhaltlich freien Rahmen zur Entfaltung vielfältiger sozialer und kultureller Strömungen zu bieten».

Während sich die links-grüne Stadtregierung von Anfang an eher entgegenkommend verhielt, waren starke Krawalle von 1992 ausschlaggebend für die daraufhin ausgerichtete «Leipziger Linie», der zufolge neue Hausbesetzungen zwar nicht akzeptiert, aber bestehende legalisiert wurden. Die in diesem Raum entstehende autonome Szene teilte Einheit und Konsens im Ziel der generellen gesellschaftlichen Veränderungen, die praktisch umgesetzt wurden. Das damals sehr überschaubare Umfeld stellte damit die Weichen zur Entwicklung eines widerständigen Quartiers, welches sich in den folgenden Jahrzehnten immer neuen Herausforderungen stellen musste.

Zur Beschreibung des Viertels werden immer wieder die Vergleiche einer einsamen Insel in der rauen See oder dem vom düsteren Mordor umgebenden friedlichen Auenland bemüht. Darin leben derzeit rund 19'500 Einwohner_innen (zum Vergleich: in Zürich-Wiedikon sind es um die 50'000) auf einer Fläche von ungefähr 7km² (Zürich-Wiedikon – 8.5km²), wobei davon mehr als die Hälfte unbewohnte Waldfläche ist. Grösstenteils sind die Häuser 4- bis 5-geschossige Altbauten, bestehende Baulücken werden zunehmend geschlossen. Leipzig als Stadt hatte schon immer eine starke linke Bewegung, die auch von den personellen Zuzügen aus dem braunen Hinterland rund um die Stadt profitiert. Sachsen ist bekannt für Pegi-



Die alljährliche Schneeballschlacht am Connewitzer Kreuz: Erst gegeneinander spielen, dann miteinander kämpfen.

da in Dresden oder rassistische Hetzjagden in Chemnitz, Wahlumfragen ergeben für die AfD Stimmanteile von 30 Prozent.

Schon in der Entstehungszeit des Quartiers gehörten Übergriffe durch Neonazis zur Tagesordnung und stellten eine existenzielle Bedrohung dar. Damals wuchs aber auch die linke Bevölkerung im Viertel und die Verteidigungstaktiken wurden ausgebaut. Schliesslich konnte durch effektiven antifaschistischen Selbstschutz nicht nur Connewitz, sondern der ganze Leipziger Süden von Nazis freigehalten werden. Auch wenn es immer wieder zu kleineren Attacken rund um das Viertel kam, wurde es lange Zeit weit ruhiger. Rund um den generellen Rechtsruck der deutschen Gesellschaft ab 2015 geriet Connewitz wieder mehr in den Fokus rechter Gewalt. Es gab Versuche, rechte Demos dort durchzusetzen, sowie gezielte Angriffe, die häufig von den Hooligans von Lokomotive Leipzig ausgingen. 2016 gipfelte dies im von ihnen organisierten Überfall auf das Viertel, an dem 200 Nazis aus ganz Deutschland teilnahmen. Die antifaschistische Antwort darauf ist bekannt, so dass der Feind durch eine eigene Offensive auf Abstand gehalten wird.

Der Staat mischt mit

Auch als Folge dieser Praxis nahm die staatliche Repression im Viertel enorm zu. Der jüngste Prozess wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung war der dritte innerhalb von nur zehn Jahren, der hauptsächlich in und gegen Connewitz geführt wurde. Der hierfür verwendete Paragraph 129, der selten Verurteilungen, immer aber eine enorme Bandbreite an Überwachungsmaßnahmen mit sich bringt, trägt so verdeckte Observationen und versteckte Kameras ins Quartier, was umgekehrt eine klare Ablehnung der Polizei und eine hohe nachbarschaftliche Solidarität stärkt. Der 2014 im Viertel eröffnete Polizeiposten ist seit jeher ein beliebtes Angriffsziel, durch Graffitis, Plakate und Sticker bleibt die kritische Haltung im Quartier auf den Strassen unübersehbar präsent. Alljährliche Rituale wie die Schneeballschlacht, die häufig in Konfrontation mit der Polizei endet, sind nur eine Manifestation dieses ständigen Konflikts, in welchem – trotz vieler innerlinker Debatten über Gewalt und die Entwicklung des Quartiers – eine klare antistaatliche Position im Quartier vorherrscht.

Natürlich: Auch das Viertel und seine Bevölkerung verändern sich im Wandel der kapitalistischen Prozesse. Autonome Räume öffnen bestenfalls Freiräume, setzen aber nicht den Kapitalismus an sich ausser Kraft. Es sind nicht nur Nazis und Bullen, gegen die Widerstand geleistet werden muss, sondern eben auch das System an sich. Das wenig attraktive Umland, gepaart mit der alternativen Kultur in der Stadt bei vergleichsweise niedrigen Mietpreisen – besonders für Zugezogene aus dem Westen – schafft seine ganz eigene Mischung von Anziehungskraft. Während vor zehn Jahren Kinder noch in den Ruinen ehemaliger Fabriken und brachliegender Grundstücke spielten, (ent-) stehen dort nun neue Wohnbauten von grossen Im-

mobiliensfirmen. Diese Projekte sind deutlich zu erkennen und sie und die Protagonist_innen dahinter werden immer wieder zur Angriffsfläche. Aber auch weniger augenscheinliche Prozesse sorgen für Herausforderungen, da nicht jede Bedrohung bestehender Wohn-, Kultur- oder Politträume in Form grosser Luxusbauten daherkommt. Schleichende Mietpreiserhöhungen zum Beispiel tragen ihr Übriges dazu bei.

Die Bevölkerungszahl von Connewitz ist in den letzten Jahren enorm gewachsen und das auch deutlich schneller als im Rest von Leipzig. Der Zuzug, insbesondere von Studierenden aus dem Westen Deutschlands, importiert auch neue Diskurse und Lebensrealitäten. Das politische Spektrum der gesamten Leipziger Linken wird dadurch breiter und ausdifferenzierter. Insbesondere unterschiedliche Organisationsformen und die Gewichtung von Widersprüchen verlangen nach Ausgleichsprozessen untereinander. Doch die Einheiten werden gefunden und es geht weiter. Auch auf (sub-)kultureller Ebene wird dafür ein Medium gefunden. Gemeinsam werden Utopien aufgebaut. Sei es beim antikapitalistischen Fussball beim Roten Stern Leipzig, im niedrigschwellig partizipativen Kulturraum im Conne Island oder bei gemeinsamer körperlicher Betätigung im Sportklub Süd.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

WIDERSTAND

Basel: Konjunktur der Repression

In Basel können Demonstrationen mal laufen, mal werden sie mit Repression überzogen. Was ist die Strategie dahinter, was die Folgen für den Ausdruck auf der Strasse? Ein Versuch einer Einordnung.

(rabs) In Basel macht sich ein Gefühl der Verunsicherung in der politischen Widerstandsbewegung breit. Ob eine Demo laufen kann oder mit Repression eingedeckt und eingemacht wird, scheint eher willkürlich. Nachdem die 8. März-Demos jahrelang laufen konnten, wurde sie plötzlich von der Polizei verhindert. Am 1. Mai wurde gar eine bewilligte Demonstration gestoppt und ein Teil davon gekesselt und über Stunden festgehalten. Steht die Diktatur und die Abschaffung der Versammlungsfreiheit vor der Tür? Versuchen wir das etwas einzuordnen.

Grundsätzlich kann von einer längeren Konjunktur von verstärkter Repression gesprochen werden. Seit der Conex-Demo von 2015 und den vielen militanten Aktionen rund um den Bau des neuen Gefängnis Bässlergut, die von der Stawa nicht aufgeklärt werden konnten, versucht die Polizei vermehrt, Demos, die sie als militant einstuft, zu stoppen. Ausserdem greifen sie vermehrt auf Videoaufnahmen zurück und arbeiten mit dem Geheimdienst zusammen. Dies wurde sehr deutlich im November 2018 am Basel Nazifrei-Gegenprotest gegen die PNOS-Kundgebung auf dem Messeplatz. Alles wurde da lückenlos überwacht und viele Teilnehmer_innen identifiziert und ca. 40 davon vor Gericht gezerrt.

Dies führte jedoch nicht zu einer konstanten Zunahme der Repression auf der Strasse oder dazu, dass einfach alle militanten Demos verhindert wurden. Vielmehr ist es ein dialektisches Verhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution, das sich auch in punktuell verstärkter Repression und einer sich stärkenden Bewegung zeigt. Wenn die Bewegung stärker wird, nimmt die Repression tendenziell zu. Das ruft aber auch wieder Kritik von linksbürgerlicher Seite hervor und politisiert ganze Jahrgänge. Unweigerlich auftretende taktische Fehler und Fehleinschätzungen der Polizei bringen wieder mehr Menschen gegen die Staatsgewalt auf. Dies wurde beispielsweise an der Demo zur Räumung der Besetzung der Matthäuskirche 2016 sichtbar. Aus der Demonstration gab es keinerlei Angriffe, sie wurde aber von den Bullen mit Gewalt daran gehindert ins Grossbasel zu ziehen. Vielen wird in solchen Momenten klar, dass wir uns nicht auf den Staat verlassen können, insbesondere was Themen wie Antifaschismus, Migration und Klimakrise angeht.

Einfluss auf die Repression

Die Konjunkturen der Repression hängen also nicht einfach daran, ob Staatsanwalt Cabrera gerade schlecht gelaunt ist, ob Dürr oder Eymann Justizdirektor_in ist oder wer Bullenkommandant ist. Von der Seite der Konterrevolution sind es auch die Medien, die einen Einfluss haben, je nachdem, wie sie über eine Demo oder einen Polizeieinsatz berichten. Die rechte BaZ zerreisst sich genüsslich ob jeder Demo das Maul, sich linksliberal gebende Medien wie Bajour bemühen sich vordergründig um ausgewogene Berichterstattung, und drucken dann doch unreflektierte Statements der Polizei-Pressestelle ab.

Weiter sind es Lobbyorganisationen wie der Gewerbeverband Basel-Stadt, der sich zusammen mit anderen Verbänden vehement dafür einsetzt, dass an Samstag Nachmittagen keine Demos durch die Innenstadt ziehen und mit dieser Forderung so Erfolg hat, dass momentan praktisch keine Demos mehr – ob mit oder ohne offizielle Bewilligung – durch die Innenstadt gehen können. Der Gewerbeverband sorgt sich dabei um die Verkaufszahlen im Detailhandel, wobei diese wohl eher sehr marginal auf Demonstrationen reagieren. Vielmehr ist es die allgemeine Entwicklung des Kapitalismus und der Gesellschaft, dass weniger in Läden eingekauft wird – da hilft ein Demoverbot nichts. Und kleine Läden verschwinden eher wegen Gentrifizierung und steigenden Mieten aus der Innenstadt, als wegen ein paar Demos zu Einkaufszeiten.

Auf der anderen Seite zeigt sich eine Stärkung der Bewegung in der Tatsache, dass mehr Menschen kontinuierlich und intensiv politische Arbeit im ausserparlamentarischen, revolutionären Spektrum betreiben und sich organisieren. Insbesondere eine offensive Jugend trägt mit ihren Aktionen und ihrer Propaganda zu einer grossen Sichtbarkeit der revolutionären Bewegung in verschiedenen Themen bei.

Kurzfristig hatte sicher die offensive Klimademo vom Februar 2023 einen Einfluss auf das Vorgehen der Polizei an den darauf folgenden Demos, zusammen mit der medialen Hetze gegen Demos allgemein. Demos waren schon 2022 ein grosses Thema in der Öffentlichkeit. Die Polizei versuchte das für sich zu nutzen, indem sie veröffentlichte, wie viele «Demonstrationen» in Basel stattgefunden hätten: 275 im 2021. Dabei unterschieden sie nicht zwi-



Vermummt und gewaltbereit: die Basler Polizei am 1. Mai

schon Demonstrationsumzügen und kleinen Standaktionen, was ein Bild heraufbeschwor, das nicht der Realität entspricht. Anfang 2023 zeigte dann eine genauer aufgeschlüsselte Statistik, dass ein Grossteil der «Demonstrationen» Mahnwachen oder Standaktionen waren. Damit entlarvte die Liste die Zahlen der Polizei als reine Stimmungsmache gegen «zu viele Demos» in Basel.

Innenstadt tabu

Ab Herbst letzten Jahres verfolgte die Polizei dann ziemlich konsequent die Strategie, keine Demos mehr durch die Innenstadt zu lassen. Wenn eine Bewilligung beantragt wurde, wurde sie – wie bei der Demo für die Klimavorlage «Basel 2030» – nur über die Wettsteinbrücke bewilligt. Unbewilligte Demos wurden mit einem entsprechenden Aufgebot von der Polizei daran gehindert, in die Innenstadt zu marschieren. Der Versuch der revolutionären Klimademo vom Februar 2023 war dann auch ein Zeichen gegen diese Abschottung der Innenstadt. Die Polizei musste 200 Meter weit vom Bankverein bis zum Barfüsserplatz zurückweichen, bis es ihr gelang, die entschlossene Masse aufzuhalten. Wenn die politische Widerstandsbewegung einen solchen Erfolg verbucht, ist es nicht erstaunlich, dass die Konterrevolution reagiert: mit stärkerer Repression auf der Strasse und dem Versuch, Widerständige vor Gericht zu zerrn.

Material, das im Kontext von Auseinandersetzungen, Kesseln oder Kontrollen eingezogen wurde, behält die Basler Polizei gern zurück. Transpis, die in Kesseln oder bei Auseinandersetzungen weggerissen wurden, werden vernichtet. Bei Materialien wie Soundwagen behaupten sie, das richtige Formular sei nicht auffindbar. Scheinbar wahllos werden Einladungen zu polizeilichen Einvernahmen verschickt, wohl in der Hoffnung, weniger erfahrene Personen zu Aussagen zu bewegen. An dieser Stelle sei auch wieder mal in Erinnerung gerufen, dass es wichtig ist, keinerlei Aussagen zu machen.

Nicht nur bei der Polizei zeigt sich die Repression, sondern auch auf der Seite der Justiz. Bussen werden erhöht und auch vor dem Strafgericht werden höhere Strafen ausgesprochen. Gut sichtbar ist das bei den Prozessen gegen Basel Nazifrei. Über 40 Menschen wurden einzeln vor Gericht gestellt und meistens zu bedingten Gefängnisstrafen von mehreren Monaten verurteilt. Dies weil sie auf die plötzlichen Angriffe der Polizei auf die Basel Nazifrei-Demo reagiert hatten oder sogar weil sie sich nicht entfernten, als das Gummischrot flog. Die Staatsanwaltschaft scheut dabei nicht vor grossem Aufwand zurück und verschickt immer mal wieder Strafbefehle oder Einladungen zu Einvernahmen an dutzende Personen. Auch werden vermehrt Menschen, die von der Polizei mitgenommen wurden, DNA-Proben abgenommen und Fotos gemacht, auch wenn das rein rechtlich gar nicht vorgesehen wäre.

Respekt und Spielzeug

Das Ziel der Einschüchterung und Kontrolle wird dabei aber kaum erreicht: Vielmehr fördern die Angriffe auch die Politisierung und Organisation der Militanten. Ausserdem kam in letzter Zeit die Stawa aber auch das Strafgericht unter Druck, weil sie sich nicht an ihre eigenen Regeln hielten.

Die linksliberalen Reaktionen auf die verstärkte Repression sind dann zum Beispiel die Forderung eines Verbotes von Gummischrot oder Rücktrittsforderungen an die Adresse der Polizeidirektorin oder den Polizeichef. Auf der anderen Seite heult die Polizei und ihre Unterstützer_innen rum, dass ständig auf ihnen herumgehackt würde und sie es niemandem recht machen könnten. Seit einiger Zeit meldet die Kantonspolizei Basel auch regelmässig, dass sie 80-100 Vollzeitstellen nicht besetzen könnten und beklagen sich über mangelnden Respekt in der Gesellschaft. Die Gründe für letzteren suchen sie aber natürlich weniger bei sich selber... Was sie hingegen fordern, sind teure Spielzeuge wie die gepanzerten Fahrzeuge vor ein paar Jahren und neuerdings, dass Videoaufnahmen von Polizeieinsätzen verboten werden sollen. Letzteres eine Reaktion auf Übergriffe der Polizei, vor allem während rassistischer Polizeikontrollen und an Demos.

Dass die Repression zunimmt, ist also weder überraschend, noch darf es uns dazu verleiten, einfach die Militanz an Demos zurückzufahren. Schliesslich geht es uns bei unserem Kampf um viel mehr, als auf die Strasse gehen zu können. Wenn wir ernsthaft am Kapitalismus und am bürgerlichen Staat rütteln wollen, müssen wir weitere Schritte gehen und Taktiken entwickeln, die es uns erlauben auch bei stärkerer Repression aktiv und sichtbar zu bleiben. Denn mit jedem Schritt auf die Revolution zu, wird auch die Konterrevolution stärker reagieren.



Die Antwort gegen die Repression folgt auch auf der Strasse: Demonstration am 12. Mai in Zürich.

Fortsetzung von Seite 1

Das Durchsetzen von Recht und Ordnung dient im bürgerlichen Staat zweierlei Zwecken. Einmal sollen die Interessen des Kapitals geschützt werden. In diesem Sinne schützt der Staat das private Eigentum an den Produktionsmitteln, sorgt für reibungslose Warenzirkulation, preiswerte Arbeitskräfte und betreibt Wirtschaftsförderung zur Entwicklung der Produktivkräfte, ist also ideeller Gesamtkapitalist. Weiter ist der bürgerliche Staat ein machtausübender Akteur an sich, der wachsen möchte, seinen Einflussbereich vergrössern möchte. Um diesen Funktionen gerecht zu werden, muss der Staat die dafür nötigen Abläufe, wenn nötig mit Gewalt, «sichern» können. Sorgt der Staat also für Sicherheit, ist damit nicht etwa die leibliche und geistige Sicherheit seiner Bürger_innen, sondern die Sicherheit des Kapitals gemeint. Vor diesem Hintergrund müssen alle Sicherheitsbestrebungen des Staates, verschärfte Überwachung im öffentlichen Raum, Militarisierung der Polizei, Verpolizeilichung der Armee, etc. beurteilt werden. Es ist nicht die historische Aufgabe des bürgerlichen Staates, für das Wohl der Massen zu sorgen. Mit dementsprechenden Appellen an den Staat zu gelangen, ist wie im Schuhgeschäft nach einer Tasse Kaffee zu fragen, man ist schlicht an der falschen Adresse.

Sonderfall Schweiz?

Eine unvoreingenommene Betrachtung der Handlungen des bürgerlichen Staates legt klar offen, wo seine Prioritäten liegen, bzw. wessen Interessen letztlich gewahrt werden. Die Eskalation der grössenwahnsinnigen Spekulationen der UBS im Jahre 2008, das Dahinsiechen der Credit Suisse im Jahre 2023, alles von der Staatskasse gedeckt. Die Bewältigung der Coronapandemie immer zum Wohle der Wirtschaft vollzogen, niemals zum Wohle der Menschen. Die Klimapolitik eine Reihe von zahmen Appellen, Worthülsen und Abschieben der Verantwortung auf die Konsument_innen. Auf der ideellen Ebene vermittelt der Staat jedoch, für das Wohl seiner Bürger_innen einzustehen, lässt das Parlament als vermeintlichen Ausdruck des «Gesamtinteresses der Nation» erscheinen. Von der Idee her sollten wir daher davon überzeugt sein, dass das Parlament unsere Interessen vertritt, auch wenn die erdrückende Überzahl der Datenpunkte darauf schliessen lässt, dass das Parlament eben die Gesamtinteressen der Bourgeoisie, nicht die unseren, vertritt. Was tatsächlich passiert entspricht nicht der Idee, die vermittelt wird. Die bürgerliche Ideologie wird uns von klein auf über die Bildungsinstitutionen vermittelt, wir freuen uns ab unseren Freiheiten als Bürger_innen der besten liberalen Demokratie, die Identifikation wird durch Rituale, wie den Urnengang, gefestigt. Und wo die interne Motivation zur Identifikation fehlt, hilft der Repressionsapparat auch gerne als externer Motivator nach. Nicht zuletzt geben uns die direktdemokratischen Institutionen der Schweiz, die Initiative und das Referendum, das Gefühl, tatsächlich etwas am Lauf der Dinge ändern zu können. Wem etwas nicht passt, der kann ja Unterschriften sammeln gehen. Und wer keine Unterschriften sammelt ist mitschuldig am Lauf der Dinge. Die Tatsache, dass wir uns jederzeit per direktdemokratischen Institutionen einbringen könnten, macht uns in jedem Moment, in dem wir das nicht tun, zu vermeintlichen Komplizen der bürgerlichen Herrschaft. Als ob der Saustall mit einem Kaffeelöffel auszumisten wäre.

Scheiss Repression

Um sein Funktionieren sicherstellen zu können, muss der Staat gegen diejenigen vorgehen, welche die Herrschaft des Kapitals zum Wohle der Massen überwinden möchten. Dabei passt der Staat seine Praxis den jeweiligen historischen Begebenheiten an. Wurden subversive Elemente früher als «Terroristen» verfolgt, so präsentiert sich heute die «Extremist_in» als hauptsächliche Kontrahent_in des Staates. Während der Terrorismusvorwurf ein tatsächliches gewaltsames Vorgehen gegen den Staat voraussetzt, ist Extremist schon, wer an die Möglichkeit des militanten Widerstandes nur denkt. Mit immer ausgeklügelteren Überwachungsmaßnahmen wird die Bevölkerung nach sogenannten «Gefährder_innen» durchleuchtet und das Strafrecht dahingehend angepasst, dass Sanktioniert werden kann, ohne dass ein tatsächliches Delikt vorliegt. Die Strafe als Sicherung vor zukünftigen Taten, nicht als Ahndung tatsächlich vollzogener Taten. Dies erinnert an die Kurzgeschichte Minority Report des amerikanischen Science Fiction Autors Philip K. Dick. Einst als Reaktion auf totalitäre Tendenzen verfasst, sind die dystopischen Romane des letzten Jahrhunderts offensichtlich wieder Quelle der Inspiration für den bürgerlichen Staat geworden. Ebenfalls wichtiger Faktor für die Stärke und den Charakter der Repression ist die Intensität, in dem sich die vom Kapitalismus notwendigerweise verursachten Widersprüche der Bevölkerung zeigen. Die Folgen des fossilen Kapitalismus sind für die Bevölkerung spürbar, die Inflation senkt die Kaufkraft, die Arbeitsverhältnisse werden prekärer, multinationale Konzerne festigen ihre Vormachtsstellung - alles konkrete Erlebnisse der Massen, an die die revolutionäre Bewegung anknüpfen kann, die eine Emanzipation vom bürgerlichen Staat denk- und fassbar werden lassen. In diesem Klima stellten wir fest, dass auch vergleichsweise harmlose Bewegungen, mit an den Staat appellierenden Forderungen, wie die Letzte Generation oder auch die Critical Mass, massiver Repression ausgesetzt sind. Und es lässt auch klarer werden, weshalb der diesjährige 1. Mai so abgelaufen ist.

Wir kämpfen weiter

Mit unserer revolutionären Präsenz auf der Strasse, seien es Demos, Kundgebungen oder die Verschönerung des öffentlichen Raums mittels Plakaten und Wandbeschriftungen geben wir der Stadt eine revolutionäre Prägung, machen Gegenmacht sicht- und erlebbar. Es werden sinnlich-konkrete Erfahrungen geschaffen, ein Gefühl der Solidarität und der Zusammengehörigkeit erzeugt. In diesem Bewusstsein werden wir einen Teufel tun, uns von der Repression des Staates einschüchtern zu lassen und uns weiterhin auf der Strasse dem Kampf mit Staat und Kapital stellen.

Mehr Infos

Eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Themen Staat und Repression findet sich in der Broschüre «Hinter der Repression steht der Staat – Zu den Ereignissen vom 1. Mai 2023», erhältlich im Aufbau Vertrieb (Kanonengasse 35 im Hinterhaus, Eisentreppe | Offen jeden Samstag 12:00 – 17:00) oder online unter der Adresse: www.aufbau.org – Reinlesen lohnt sich!

KOMMENTAR

Revolutionäre Politik ohne Militanz ist wie Suppe ohne Salz

Hand aufs Herz: Die revolutionäre Linke in Westeuropa befindet sich nicht erst seit den neusten Entwicklungen in der gesellschaftlichen Defensive. Dies bedeutet aber nicht, dass jetzt die Zeit dafür ist, den Kopf in den Sand zu stecken oder einfach auszuharren. Wenn die kapitalistische Krise und die imperialistischen Kriege sich verschärfen und gesellschaftliche Widersprüche sich zuspitzen, dann öffnet sich immer auch ein Vakuum, das entweder die Linke oder die Rechte besetzen kann. Historisch in der Defensive zu sein, heisst also nicht, auf bessere Zeiten zu warten, sondern sich die öffnenden Räume anzueignen und mit sozialen und revolutionären Prozessen zu füllen. So kann mit einer Kontinuität der revolutionären Errungenschaften an der Geschichte der Klassenkämpfe angeknüpft werden. Als revolutionäre Organisation streben wir die Fortsetzung und Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses und der Dynamik der Klassen- und Befreiungskämpfe nach vorne orientiert an. Eine besondere Bedeutung darin hat die revolutionäre Gewalt, die Militanz als Nerv im revolutionären Prozess. Sie verkörpert nicht nur den Bruch mit dem bürgerlichen Staat und seinem Gewaltmonopol, sondern stellt auch die Heiligkeit des Eigentums und des Legalitätsprinzips in Frage und kann Momente und Formen der Gegenmacht darstellen. Wenn heute auch im Kleinen, so ist Militanz Voraussetzung und Nährboden kommender Schritte, sowie auch die (Selbst-)Verteidigung von bereits erkämpften. Die Frage muss gestellt werden: Wie viel wäre bereits verloren, wenn auf Militanz verzichtet würde? Wäre ein revolutionärer Prozess ohne sie überhaupt denkbar? Natürlich nicht! Zu allgegenwärtig – mal subtiler, mal weniger – trifft uns die Gewalt des Staates und der kapitalistische Logik. Zu viel haben die Herrschenden zu verlieren, als dass ohne Gewalt eine Umwälzung der Verhältnisse möglich wäre. Und zu sehr werden revolutionäre Projekte, sowohl historisch wie auch heute etwa in Rojava, angegriffen, als dass ohne Gegenwehr und Angriff ein Fortbestehen möglich wäre. Daher widerspiegelt sich in der Militanz - auch in Zeiten der Defensive - nicht nur die kämpfende Kontinuität der revolutionären Bewegung, sondern auch der einzelnen Individuen. Sie finden ihren Platz in den militanten Reihen, wo bürgerliche Verlockungen abgeschüttelt und der Wille zum Handeln gestärkt werden. Dabei muss nicht jede und jeder immer in der vordersten Reihe stehen. Die Beteiligungsmöglichkeiten sind vielseitig und können an Bedürfnisse und Fähigkeiten angepasst werden. Erfahrungen können kollektiviert und reproduziert werden und Militanten kann es gelingen, im Kampf dazuzulernen, sich weiterzuentwickeln und Verantwortungen zu übernehmen. Ihre Konkretisierung und Umsetzung findet auf der Strasse und im öffentlichen Raum statt. Also jenen Orten, wo Widersprüche aufflackern und durch das Verbinden von sozialen und revolutionären Kämpfen vor Bränden werden können. Klar, militantes Agieren auf der Strasse fordert uns als Kollektiv aber auch individuell. Doch gefordert sein heisst nicht überfordert. Wenn wir zusammen und organisiert handeln, uns gemeinsam überwinden, Niederlagen wegstecken und Erfolge verbuchen, sind Schritte nach vorne nicht nur notwendig, sondern vor allem möglich.



Yuppies? 5350 Franken Miete für eine Zwei-Zimmer-Wohnung? Wohnungsnot? Für manche Angriffe wird die Erklärung gleich mitgeliefert.

REVOLUTIONÄRE GEWALT

Gedanken über Militanz

Die Frage über revolutionäre Gewalt ist nicht eine von Ja oder Nein, sondern wann, wo, wie und wieso? Nachfolgend einige Gedanken und mögliche Antworten aus der Sicht einiger Militanter.

(gpw) Anlässlich des Schwerpunkts dieser Ausgabe soll dieser Artikel neben jenem über die Repression auf der Strasse und die (historische) Rolle des bürgerlichen Staates als Garant für das Weiterbestehen des Status Quo, den Fokus auf die Seite der revolutionären Bewegung und die Besonderheiten revolutionärer Gewalt und Strassenkampf legen. Besonderheit insofern, als dass Militanz nicht eine nebensächliche Form revolutionärer Politik ist. Vielmehr hat sie strategischen Charakter: Die urbanen Zentren und ihr öffentlicher Raum sind der Ort, an welchem sich die Macht der Herrschenden konzentriert und manifestiert. Deshalb werden die gesellschaftlichen Widersprüche nirgends so deutlich fassbar, was heisst, dass sich an eben jenen Orten Proteste, Kämpfe und Revolten entzünden können. Hier müssen die revolutionären Kräfte intervenieren, um an systemsprengender Kraft zu gewinnen. In Anbetracht des doch eher dynamischen Frühlings mit mehreren militanten Mobilisierungen in Zürich wollen wir uns über (kollektive) Militanz und den damit verbundenen (individuellen) Auswirkungen auseinandersetzen.

Widerstand wird auf die Strasse getragen

Nach der Räumung des Koch-Areals zogen mehrere Tausend Menschen durch die Kreise 3, 4, 5 und zeigten mittels militanten Aktionen, dass eine Räumung erkämpfter Orte nicht einfach hingenommen wird. An der «Reclaim the Streets» wurde einmal mehr bewiesen, dass sich die verschiedenen Facetten des antagonistischen Widerstands auf der Strasse vereinen und gegen den Staatsapparat (kurzfristig) organisiert zu verteidigen wissen. Sowohl am 8. März, wie auch am 1. Mai wurde auch dieses Jahr wieder die Kontinuität des Frauen- und Klassenkampfes unter schwierigen taktischen Voraussetzungen weiterentwickelt und neues ausprobiert. Und der 12. Mai (siehe unveröffentlichte Nachrichten) hat bewiesen, dass auch eine kleinere Gruppe von Militanten ausreichen kann, um durch Entschlossenheit und kollektives Handeln das Gewaltmonopol des Staates für kurze Zeit in Frage zu stellen und Patrouillen in die Flucht zu schlagen. Gemeinsam haben all diese Momente, so unterschiedlich sie in Intensität, politischem Ausdruck und Ziel, Anzahl Teilnehmer_innen etc. auch waren, die Vereinzelung durchbrochen und in kollektive Stärke umgewandelt. Die Ohnmacht gegen die Macht des Staates und seiner Schergen konnte immer wieder durchbrochen werden. Neue Erfahrungen wurden gesammelt, voneinander gelernt und das gegenseitige Vertrauen gestärkt. Revolutionäre Gegenmacht und Bruchposition wurden fass- und erlebbar. Selten läuft alles perfekt und dynamische Situationen haben es in ihrer Natur, dass sie nicht bis ins letzte Detail geplant und kontrolliert werden können (und auch nicht müssen). Fehler passieren und obwohl sie gerade in Sachen Militanz ein heikles Thema sind, wäre es dennoch falsch, aus Angst davor einfach nichts zu machen. Vielmehr geht es doch darum, aus vergangenem zu lernen und voranzukommen.

Form und Inhalt sind untrennbar

Wenn wir uns gemeinsam die Strasse nehmen, dann nie ohne uns den politischen Hintergrund aller Mitstreit

ter_innen bewusst zu sein. So unterschiedlich die theoretische Grundlage, genauso unterschiedlich kann die Praxis ausfallen. Im Austausch und solidarischem Miteinander kann es gelingen, sich auf konkrete Ereignisse vorzubereiten, den Handlungsspielraum abzusprechen und gemeinsam zu agieren. Dabei muss nicht nur aufeinander eingegangen werden, sondern die Frage der revolutionären Gewalt theoretisch diskutiert und auf der Strasse der aktuellen Situation entsprechend umgesetzt werden. Was gestern richtig war, ist es heute vielleicht nicht mehr, kann es aber morgen wieder sein. Militante müssen mit «offenen Augen» durch die Strasse gehen, müssen Entwicklungen verfolgen, sich mit der kapitalistischen Gesellschaft auseinandersetzen und politische, wie auch soziale Brennpunkte erkennen und dementsprechend agieren. Mal kann ein Scherbenhaufen links und rechts einer aufgewerteten Yuppie-Strasse der richtige Ausdruck sein, manchmal kann eine einzige Aktion bei einem besonders symbolträchtigen Ort besser sein um Inhalte zu vermitteln, welche unter Umständen im medialen Rumgeheule nach dem erwähnten Scherben-



Verschiedenste Objekte hinterlassen ihre Spuren.

haufen untergehen würde. Einmal kann jenes Mittel mit höchstem finanziellen Schaden das richtige sein, mal hat ein Spray an einem bestimmten (symbolischen) Ort grosse Wirkung. Wichtig ist dabei, dass sowohl Ziel wie auch Mittel nicht auf eine rein taktische Frage (jene der Umsetzbarkeit) reduziert werden, sondern dem gewählten Inhalt entsprechen muss. Klar, desto selbsterklärender der Angriff, umso besser. Dennoch sollte auf eine Erklärung nicht verzichtet werden. Nicht selten werden die Spuren nächtlicher Angriffe so schnell wie möglich entfernt. Ausserdem ist die bürgerliche Presse niemals Sprachrohr der Bewegung. Und genauso unterschiedlich wie Angriffsformen, so unterschiedlich die Möglichkeiten, Erklärungen zu verbreiten. Bei beiden gilt es, voneinander zu lernen, kreativ zu bleiben und bereits etabliertes auszubauen. Dennoch bedeutet sich mit revolutionärer Gewalt auseinanderzusetzen nicht, sich nur mit politischen Zielen und Inhalten zu befassen. Als Kommunist_innen stets darum bemüht, die Geschich-

te der Klassenkämpfe zu kennen und von ihr zu lernen, heisst auf die Geschichte von militanten Klassen- und Befreiungskämpfen zu schauen, und die revolutionäre Gewalt als ihre zentrale Rolle, als Nerv im revolutionären Prozess zu verstehen.

Gegenseitiges Vertrauen als Stütze militanter Politik

Sicher nicht der bestimmende Faktor, aber doch gewichtiger Teil von militanter Politik, ist die Kenntnis über den Gegner. Daher ist die Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Konterrevolution ein Muss. Denn als Militante müssen wir uns für Gegenschläge des Staates wappnen. Im dialektischen Verhältnis von Revolution und Konterrevolution müssen wir nach voran gehen, ohne blind ins offene Messer zu laufen. Repression nicht als Bremse, sondern als Bestätigung dafür, dass wenn der Feind uns bekämpft, wir auf dem richtigen Weg sind und Abwehrmechanismen besitzen. Wenn dies nicht lähmend passieren soll, muss eine offene Kultur geschaffen werden, über Antrieb, Beteiligungsformen, aber auch Unsicherheiten zu sprechen. Falsches Draufgängertum oder eine sinnentleerte Aneinanderreihung an Aktionen verpuffen im luftleeren Raum und sind nicht fähig, eine Perspektive und politische Richtung aufzuzeigen. Gerade wenn es darum geht, gewisse repressive Risiken einzugehen ist es nicht nur wichtig Beweggründe zu kennen, sondern sich auch über Unsicherheiten und Ängste kollektiv auszutauschen. Eine nur auf Technisches fokussierte Reproduktion bleibt langfristig auf der Strecke. Wer sich als kollektiv agierende und solidarische Militante versteht, muss sich auch kollektiv mit den negativen Folgen auseinandersetzen. Jeweilige Lebenssituationen unterscheiden sich und machen sich oftmals in der Bereitschaft militant zu agieren bemerkbar. Auch reagieren alle Menschen unterschiedlich auf stressige Situationen und müssen sich selber in solchen kennenlernen können. Zwei Tatsachen müssen vor Augen geführt und diskutiert werden: Erfahrungen in Strassenkämpfen oder nächtliche Aktionen lassen niemanden einfach kalt. Unterschiedlich ist aber, wie jeweils damit umgegangen wird. Darüber muss offen geredet und ein kollektiver Umgang damit gefunden werden. Aufgabenbereiche sind vielfältig, womit sich unterschiedliche Fähigkeiten und Bedürfnisse einbringen lassen. Im Prozess kollektiver Auseinandersetzung lassen sich eigene Hürden überwinden und für alle einen Platz in der Reihe finden. Die zweite Tatsache ist jene der falschen Sicherheit in der bürgerlichen Gesellschaft. Wer die kapitalistische Gesellschaft bekämpft, muss immer – je nach Phase des Kampfes – ein grösseres oder kleineres Risiko eingehen. Es kann zum Beispiel die falsche Idee entstehen, dass jene, die aktuell einen ‚guten‘ Job im bürgerlichen Sinne haben, mehr aufs Spiel setzen, als jene, welche aktuell keiner Lohnarbeit nachgehen. Hier muss gegen gehalten werden, dass nicht die Repression die grösste Bremse revolutionärer Kämpfe ist, sondern ein falsches Bequem machen in der kapitalistischen Gesellschaft. Nicht die Angst den Job zu verlieren sollte uns beschäftigen, sondern die Furcht davor, bis zum Rest unseres Lebens für den Profit der besitzenden Klasse zu arbeiten.

GESCHICHTE

«Sie können alle Blumen abschneiden, aber nie werden sie den Frühling aufhalten»¹

50 Jahre nach dem Putsch in Chile blicken wir auf die Ereignisse rund um den 11. September 1973 und dessen Folgen. Was ist vor einem halben Jahrhundert passiert, und warum interessiert uns das heute?

(agbs/rabs) Am 11. September 1973 putschte die chilenische Armee unter General Pinochet gegen die gewählte Regierung des linken Wahlbündnis Unidad Popular und den Präsidenten Salvador Allende. Der Jahrestag wird mit der darauf folgenden, massiven Gewalt gegen Oppositionelle in Verbindung gebracht. Zudem gilt der Putsch als grosser Erfolg der US-amerikanischen Monroe-Doktrin. In seiner Folge wurde Chile zu einem neoliberalen Vorzeigobjekt umgebaut.

Ausgangslage

1970 gewann Salvador Allende mit dem linken Wahlbündnis Unidad Popular die Präsidentschaftswahlen in Chile. Allende hatte miterlebt, wie die Linke in Chile während dem Kalten Krieg mit Repression zu kämpfen hatte. 1948 verbot Präsident González Videla die Kommunistische Partei. Der damalige Parlamentarier Allende wehrte sich gegen den als «Ley Maldita» («verdammtes Gesetz») bezeichneten Beschluss, in dessen Folge zahlreiche chilenische Kommunist_innen ins Exil mussten und kommunistische Wähler_innen aus den Wahlregistern ausgetragen wurden. In den zehn Jahren des Verbots richtete die Regierung das Konzentrationslager von Pisagua ein, das zeitweise vom damaligen Offizier Augusto Pinochet geleitet wurde. Nach dem Putsch 1973 wurde dieses Lager wieder in Betrieb genommen.

Doch zurück zu Allende: Er bezeichnete sich selbst als Kommunisten, lehnte jedoch Waffengewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ab. Die Unidad Popular war ein Zusammenschluss von sozialistischen und kommunistischen Kräften. Der Wahlsieg 1970 war knapp, trotzdem konnte die Unidad Popular ihre Massenbasis in den folgenden Jahren ausbauen.

Allende verfolgte mit seinem Programm das erklärte Ziel, den Sozialismus auf dem bürgerlich-demokratischen Weg einzuführen. Den «Chilenischen Weg» nannte er das. Der Versuch war und blieb einzigartig. Die Kräfte der Unidad Popular trugen Allendes Strategie mit, sie wurde aber von der revolutionären Linken abgelehnt. Speziell der Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR, Bewegung der Revolutionären Linken), die wichtigste revolutionäre Kraft, lehnte den «Chilenischen Weg» ab und propagierte den bewaffneten Kampf und eine revolutionäre Politik. Der MIR kritisiert in seinem Grundsatzpapier die Parteien der Unidad Popular mit scharfen Worten: «Die bürokratischen Richtlinien der traditionellen Parteien der chilenischen Linken enttäuschen die Hoffnungen der Arbeiter; statt für den Sturz der Bourgeoisie zu kämpfen, beschränken sie sich darauf, Reformen des kapitalistischen Regimes vorzuschlagen (...). Sie behaupten sogar, dass man den Sozialismus über den «friedlichen und parlamentarischen» Weg erreichen kann, als ob jemals in der Geschichte der herrschenden Klassen diese freiwillig die Macht übergeben hätten». Und weiter schreibt der MIR in fast schon prophetischer Weise: «Der MIR lehnt die Theorie des friedlichen Weges ab, da sie das Proletariat politisch entwaffnet und unanwendbar ist, weil es dieselbe Bourgeoisie sein wird, die sich widersetzen wird, sogar mittels der totalitären Diktatur und des Bürgerkrieges, statt friedlich die Macht zu übergeben». Trotz aller Kritik verhielt sich der MIR solidarisch zur Allende Regierung und setzte bewaffnete Aktionen weitgehend aus. Gleichzeitig baute der MIR seine Massenbasis vor allem auf dem Land und in ärmeren Quartieren aus.

Mit einigen zentralen Wahlversprechen der Unidad Popular dürfte der MIR nicht allzu grosse Probleme gehabt haben: Verstaatlichung der Rohstoffe – Chile verfügt über die weltweit grössten bekannten Kupfervorkommen und ist der weltgrösste Lithium-Produzent –, Ausbau von Infrastruktur und soziale Verbesserungen. Schon in den ersten Wochen nach der Regierungsbildung leitete Allende eine Landreform ein. 1970-73 gab es zahlreiche Landbesetzungen, an denen sich der MIR ebenso wie bäuerliche Organisationen und indigene Mapuches beteiligten. So wurde Agrarland aus Grossgrundbesitz kollektiviert. Die Regierung Allende legalisierte solche Besetzungen. Und die Regierung begann mit der Verstaatlichung der Rohstoffe. Mitten im Kalten Krieg stach Allende damit in ein Wespennest. Die USA konnten eine derartige Regierung im eigenen «Hinterhof» nicht dulden. Der Neoliberalismus durfte nicht mit Mitteln der Wahldemokratie besiegt werden.

Die Niederschlagung von Befreiungsbewegungen und progressiven Entwicklungen in Chile, in ganz Lateiname-



In Folge des Putschs gab es international Proteste und Solidaritätskundgebungen. Im Bild eine Demonstration im September 1973 in Basel.

rika und weltweit war erklärtes Ziel der US-Politik. Ein Beispiel für die Umsetzung dieser Politik ist die «Escuela de las Américas» in der panamaischen Kanalzone, wo von 1946 bis in die 1980er hinein Konterrevolutionäre militärisch ausgebildet wurden. Auch Pinochet und der spätere Geheimdienstchef Contreras waren Absolventen der «Escuela de las Américas», ebenso wie zahlreiche Folterer in ihren Diensten. Ein anderes Beispiel sind die «Chicago Boys». So wird eine Gruppe chilenischer Wirtschaftswissenschaftler genannt, die an der Chicago School of Economics und anderen US-Wirtschaftsuniversitäten studiert hatten, und den Ideen Hayeks und Friedmanns eines «freien Markts» nacheiferten. Nach dem Putsch entfalteten sie grossen Einfluss. Chile gilt deshalb als das Beispiel, wo unter Realbedingungen eine entfesselte wirtschaftsliberale Politik durchgesetzt wurde.

Der Putsch

Die Pläne für einen Putsch schlummerten schon lange in den Schubladen der chilenischen Reaktion und der US-Geheimdienste. Schon kurz nach der Wahl Allendes begannen Sabotagen, Attentate und Destabilisierungen gegen die Regierung der Unidad Popular. Dazu kamen diffamierende Medienkampagnen der grossen Verlagshäuser, wirtschaftliche Boykotte durch die Weltbank und den IWF, ein Wirtschaftsembargo der USA und von der CIA gesteuerte Wirtschaftsabschottungen.

Die Unidad Popular hatte die Integrität der chilenischen Armee nie in Frage gestellt. Im Rückblick war das ein verheerender Fehler. Die USA steigerten ihre Militärhilfe an Chile, während sie alle anderen Bereiche zusammenstrichen. Allende bemühte sich zwar, die Armee hinter sich zu stellen, es gelang ihm aber nicht.

Als am 11. September die Truppen in Santiago de Chile aufmarschierten, konnte ihnen die Regierung wenig entgegenzusetzen. Zwar versuchten Teile von Allendes Leibwache und Einheiten des MIR bewaffneten Widerstand zu leisten, doch sie wurden schnell aufgerieben. Schon am 11. September selbst gab es tausende Verhaftungen. Bekannt wurden die Gefangenenlager in den Stadien, das grösste davon im Nationalstadion, wo mehr als 40 000 Personen festgehalten wurden.

Nach offiziellen Zahlen gab es unter der Militärregierung knapp 3200 Todesopfer, wobei die meisten am 11. September und den Tagen danach getötet wurden. Tatsächlich dürfte die Zahl der Toten massiv höher liegen, zumal bis heute der Verbleib von hunderten «Desaparecidos» (Verschwundenen) nicht geklärt ist.

Militärdiktatur

In den Jahrzehnten nach dem Putsch wurde jegliche auch nur ansatzweise linke Politik in Chile mit massiver Repression überzogen. Zwei Monate nach dem Putsch wurde der Geheimdienst DINA (Dirección de Inteligencia Nacional) gegründet, der in den folgenden Jahren Gefangene folterte und für Morde an und das «Verschwindenlassen» von politischen Gegner_innen des Militärregimes

verantwortlich war. Bei der DINA und beim nachfolgenden Geheimdienst arbeiteten viele Absolvent_innen der Escuela de las Américas.

Die Schweiz unterhielt gute Beziehungen zum chilenischen Militär. Sowohl vor als auch nach dem Putsch kaufte Chile bei der Schweizer Rüstungsindustrie ein. Und die Schweiz war als fünfter Staat weltweit sehr schnell dabei, das Militärregime anzuerkennen. Vorgeschoben wurde – wie immer – dass die Schweiz Beziehungen zu Staaten unterhalte und nicht zu Regierungen. Der Schweizer Regierung und der hiesigen Bourgeoisie kam der Putsch nicht ungelegen, hatte doch Allende mit der Sudameris-Bank auch eine Institution verstaatlicht, an der die heutige UBS zwölf Prozent hielt (und verlor). Bei den Privatisierungen von zuvor staatlichen Betrieben durch Pinochet profitierten Schweizer Firmen fleissig mit.

Nach der Diktatur

Pinochet legte selbst die Grundsteine für das Ende der Militärdiktatur, entsprechend ungeschoren kam er davon. Mit einer Verfassungsreform 1980 zementierte er die Macht des Militärs sowie die marktliberale Wirtschaftspolitik. 1990 wurde er abgewählt.

Die Militärdiktatur wirkt nach. Zum einen ist da der grassierende Neoliberalismus, dank dem Rohstoffe privatisiert und Infrastruktur abgebaut wurde und der die Gesellschaft formt: Der Rechten gelingt es, die Massen gegen linke Projekte, wie die gescheiterte Verfassungsreform von 2022, zu mobilisieren. Auch hat es die Rechte geschafft, Teile der Linken in das System einzugliedern – die Repression gegen die Mapuche unter dem Mandat von Bachelet (2006-10, 2014-18) und der heutigen Boric Regierung ist nur ein Beispiel. Zum Anderen rissen die Verhafteten, Verschwundenen, Ermordeten und Geflüchteten Lücken in die Linke, was jahrzehntelang ihre Handlungsfähigkeit erschwerte. Dennoch konnte der Putsch den Widerstand nie ganz brechen. Einerseits führten Organisationen wie der MIR bewaffnet den Kampf gegen die Diktatur in den 70er- und 80er-Jahre weiter, andererseits konnte die Linke nach der Diktatur starke soziale Kämpfe, z.B. im Bildungsbereich oder im Öffentlichen Verkehr, führen und dabei erfolgreich die Arbeiter_innenklasse mobilisieren. Diese Kämpfe waren entscheidend für die Abwahl des neoliberalen Sebastian Piñera und die neuen Bestrebungen für eine progressive Verfassungsreform. Auch der militante Widerstand der Mapuche und weiterer linken Gruppen bleibt bis heute ungebrochen.

¹ beliebte Kampfpapare in Chile und anderen lateinamerikanischen Ländern. Fälschlicherweise Pablo Neruda zugeschrieben.



Demonstration der Care-Arbeitenden



Aktion am Paradeplatz

14. JUNI

Mehr tun, als erlaubt ist

Der feministische Streik 2023 trug den Kampf auch an die Arbeitsplätze. Aktivist_innen leisteten nachhaltige Organisationsarbeit, störten die Normalität in den Betrieben und schafften es, der Care-Arbeit an der Demo in Zürich mit einer erfolgreichen Mobilisierung einen starken Ausdruck zu geben. Erfahrungen und eine Einordnung:

(az) Der Innenhof einer grossen Sozialfirma in Zürich ist gut gefüllt. Aus den Boxen dröhnt kurdische Popmusik, vor ihnen hat sich ein Kreis aus tanzenden Menschen geformt. Angestellte und Besuchende vermischen in synchronen Bewegungen. An den Wänden hängen Transparente mit Forderungen und Solidaritätsbotschaften. Zum Ende der Streikpause übergibt ein Komitee unter dem Jubel der Anwesenden eine Forderungsschrift an die Geschäftsleitung. Bald geht es los Richtung Demo. Es ist feministischer Streik.

Szenen wie diese mögen neben Bildern einer der grössten Demonstration, die Zürich in den letzten Jahrzehnten erlebt hat, eher unsichtbar bleiben. Doch sie gehören genauso zum feministischen Streik dazu. Meist finden sie nur dank kleinteiliger, mühsamer Arbeit statt. Was zeichnet feministische Politik in den Betrieben aus? Wie schaffen es Aktivist_innen kollektive Momente zu schaffen? Was bleibt von diesen kollektiven Momenten?

Revitalisierung einer geschwächten Bewegung

Zeitwechsel: Es ist April 2023, draussen ist es regnerisch und kühl. In einem Veranstaltungsraum sitzen zwei Dutzend Interessierte und lauschen der Präsentation von zwei Aktivist_innen des Forums für kritische Soziale Arbeit (Kriso). Sie erzählen, mit welchen Strategien die Geschäftsleitungen auf betriebliche Organisation im Rahmen des feministischen Streiks 2019 reagierten. Ab welchem Zeitpunkt es Sinn macht, als Streikkomitee in einem Betrieb offen aufzutreten. Welchen Einfluss es auf die Mobilisierungsfähigkeit haben könnte, wenn ganz konkrete betriebliche oder eher politische Themen aufgenommen werden. Kurz darauf beugen sich die Anwesenden in Arbeitsgruppen über Flipcharts und hecken Pläne aus.

Dass es überhaupt Finta-Personen gibt, die den feministischen Kampf auch in den Betrieben führen, ist Zeugnis von (wieder) gestiegenem Bewusstsein für Arbeitskampf im Care-Bereich. Insbesondere seit dem Streik 2019 ist eine Zunahme von Bewusstsein, Personen, Organisationen, Organisierungsfähigkeit, politischer Substanz und Vernetzung zu beobachten. Der Kampf in den Betrieben folgt dabei einer eigenen Logik und eigenen Anforderungen, die sich vom Kampf auf der Strasse unterscheiden: Forderungen orientieren sich beispielsweise stärker an dem, was von den Angestellten mitgetragen wird und weniger an einer politisch möglichst klaren Botschaft. Das Vorgehen muss kollektiv abgestützt sein und auf eine Zuspitzung abzielen. Für einen Bruch mit den Geschäftsleitungen sind die Kräfteverhältnisse wiederum in den

wenigsten Fällen reif. So zielen die Bemühungen zurzeit meist darauf ab, die Kampagne zum feministischen Streik zu nutzen, um die betriebliche Organisation zu stärken. Die feministische und revolutionäre Politik in den Betrieben verfolgt also eine längerfristige Strategie.

Das ist auch bitter nötig. Die Arbeiter_innenbewegung kann die Revitalisierung durch und mit der feministischen Bewegung dringend brauchen. Die Gewerkschaften sind durch Jahrzehnte von sozialpartnerschaftlicher Politik, vom Wandel der Produktions- und Reproduktionsprozesse im Kapitalismus, vom Klassenkampf von Oben und von Überalterung nur noch begrenzt mobilisierungsfähig. UNIA oder VPOD haben in der aktuellen Kampagne die Arbeit in den Streikkollektiven unterstützt, jedoch nur vereinzelt Aktionen in Betrieben initiieren können. Diese wurden vom Gewerkschaftsapparat strategisch ausgewählt, personell getragen und sind wohl nur bedingt nachhaltig.

In der feministischen Bewegung hingegen ist zu beobachten, dass es verstärkt Bestrebungen gibt, die Kämpfe auch im Alltag und damit in den Betrieben zu verankern. Verschiedentlich wurde zu betrieblichen Aktionen aufgerufen, es kursierten Broschüren mit Anleitungen zum Streik – diese scheinen nur sehr begrenzt erfolgreich gewesen zu sein. Die Erfahrungen aus zwei Streikkampagnen zeigen, dass es in der Regel einen organisierten Kern von Angestellten und eine Vielzahl von strategischen und taktischen Entscheiden braucht, damit sich eine Dynamik entwickeln kann. Aus der Vereinzelung heraus zu starten ist darum nur in den wenigsten Fällen erfolgreich. Auch der feministische Streik ist kein wundersamer Anlass, der die Arbeitskolleg_innen in Scharen zu politisch radikalen, kollektiv denkenden und handelnden Menschen macht. Diese Erfahrungen sind eben nur durch Organisation und Kampf zu generieren. Ein Prozess in diesem Bereich muss also kontinuierlich aufgebaut werden, orientiert sich an bestehenden Kräften und arbeitet nicht ins Blaue hinaus.

Der Streik ist jedoch sehr geeignet, den Kampf gegen patriarchale Strukturen im Alltag zu verankern und dort revolutionäre Lösungen aufzuzeigen. Denn Arbeitskämpfe von Finta-Personen haben eine politische Dimension, die zu Systemkritik werden kann. Ein paar Beispiele: Wenn die Betreuungssituation und die Fallbelastung von Sozialarbeitenden mit geflüchteten Finta*-Personen thematisiert wird, dann geht das nicht, ohne auch die Abschottungspolitik oder sexualisierte Gewalt auf den Migrationsrouten anzuprangern. Wenn der Betreuungsschlüssel von Kindertagesstätten kritisiert wird, muss gleichzeitig auch auf die Finanzierung von öffentlichen Aufgaben, über die Abwertung von feminisierter Betreuungsarbeit und über gesellschaftliche Gestaltung von Kindererziehung geredet werden. Wenn angestellte Fintas* in der Gastronomie sich gegen grenzüberschreitende Gäste wehren, dann geht es natürlich auch allgemein um patriarchale, sexualisierte Gewalt. Arbeitskämpfe in feminisierten Berufen bekämpfen also patriarchale Strukturen ganz konkret und alltäglich. Darin liegt ein Teil der politischen Bedeutung.

Im Betrieb und darüber hinaus

Die politische Bedeutung und die kontinuierliche Arbeit haben dazu beigetragen, dass Aktivist_innen in den Betrieben erfolgreiche Prozesse gestalten konnten. Insbesondere überbetriebliche Basisgruppen wie Kriso, Trotzphase, Gastra-Kollektiv oder Krilp haben sich als Orte erwiesen, an denen initiative Personen sich vernetzen und ermächtigen und von denen aus ein breiterer Kreis von bereits politisierten Personen angesprochen werden konnte. Wenn aus diesen Kontakten ersichtlich wurde, dass in einem Betrieb eine kritische Masse von Personen vorhanden war, konnten diese ganz konkret in ihrem Organisationsprozess unterstützt werden. Diese Form von kleinteiliger Arbeit war notwendig, um der fehlenden gewerkschaftlichen Verankerung und der Vereinzelung von Aktivist_innen zu begegnen. Die Strategie war erfolgreich. Fast alle Aktionen im Arbeitskampf in der Region Zürich haben einen Bezug zu den Basisgruppen.

Die Aktivist_innen in den Betrieben nutzten ihren Handlungsspielraum, um sich zu organisieren, mehr zu tun, als erlaubt war. Sie störten den Betrieb und machten kollektive Streikpausen. Sie stellten Forderungen auf, begegneten den Einschüchterungs- und Integrationsversuchen von Geschäftsleitungen. Sie überbrückten die Vereinzelung an einzelnen Standorten, indem sie ihre Kolleg_innen besuchten. Sie trugen die Inhalte auf Transparenten, Schildern, Massenmails oder Buttons nach aus. Sie informierten Klient_innen und Kund_innen und leisteten politische Bewusstseins- und Überzeugungsarbeit. Sie streikten am Tag und fanden manchmal Wege, sich dafür bezahlen zu lassen.

Auch über die Grenzen eines einzelnen Betriebs hinaus fanden Aktionen statt. Velodemonstrationen verbanden verschiedene Filialen von Kitas. Die Angestellten im Sozialbereich organisierten einen gemeinsamen Treffpunkt für ihre Kolleg_innen, an dem die Vernetzung und der Austausch ermöglicht wurde. Und schliesslich schlossen sich alle Angestellten aus dem Care-Bereich zusammen, um in einer unbewilligten Vordemonstration an den Besammlungspunkt der abendlichen Demo zu laufen. An der abendlichen Demo schliesslich waren verschiedene Arbeitsrealitäten präsent. Insbesondere im Care-Block fanden diese einen eigenständigen und starken Ausdruck. Verschiedene Bereiche der Care-Arbeit waren dort mit eigener Propaganda und Inhalten, aber einem gemeinsamen Auftritt präsent.

Der feministische Streik 2023 hat also im Kleinen geschafft, was gefordert wurde. Nämlich eine Spaltung in Lohn- und Privatbereich zu verhindern, den Kampf an den Arbeitsplatz zu tragen, dem Patriarchat auch im Arbeitsalltag etwas entgegenzusetzen. Die Aktivist_innen taten das mit einer nachhaltig ausgerichteten Strategie. Es bleibt zu hoffen, dass diese Erfahrungen weitergegeben und multipliziert werden können, um so nachhaltig die feministischen Kämpfe und Arbeitskämpfe zu stärken.



Im Bild

In der «Nacht der Barrikaden» vom 10. auf den 11. Mai 1968 wurden im Pariser Quartier Latin bis zu 60 Barrikaden gebaut, um sich gegen die anrückende Polizei zu verteidigen. Wie hier in der Rue Gay Lussac waren Autos neben Pflastersteinen und Holzstücken beliebtes Baumaterial. Dies funktionierte auch ohne die heute beliebten moralischen Distanzierungen: Zahlreiche Berichte zeugen davon, dass in dieser Nacht auch der Verlust des eigenen Fahrzeugs die Solidarität nicht schmälerte, die dem Aufstand im Quartier entgegengebracht wurde.

ARBEITSKAMPF

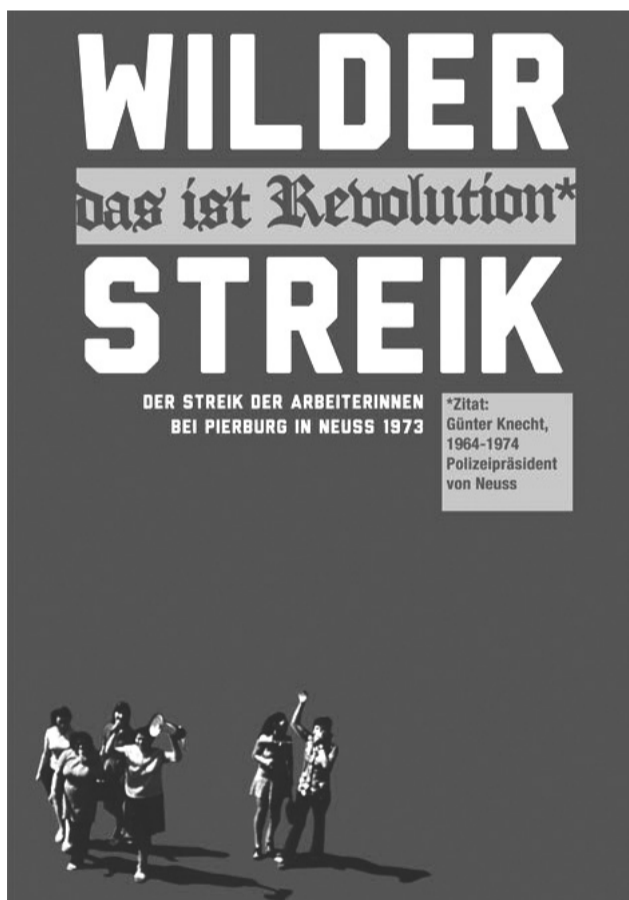
Jubiläum kollektiver Selbstermächtigung

Die «wilde» Streikwelle in Westdeutschland jährt sich heuer zum fünfzigsten Mal. Damals fanden vorwiegend in der Maschinenbau- und der Automobilindustrie über 300 Arbeitsniederlegungen statt, die primär die Ungleichbehandlung von Arbeiter_innen zum Thema hatten. Migrant_innen spielten eine zentrale Rolle. In der Diskussion um Intersektionalität stossen diese Arbeitskämpfe heute auf ein breites Interesse, manchmal werden sie idealisiert.

(az) Ist von wildem Streik die Rede, dann geht es um Arbeitskämpfe, die ohne Einwilligung grosser Gewerkschaftsverbände geführt werden. Wird «wild» gestreikt, dann ist die Rolle gewerkschaftlich besser repräsentierter (Stamm-)Belegschaften sowie das bürgerliche, mediale Gegenfeuer von besonderer Relevanz. Auf jeden Fall müssen sich wilde Streiks in besonderem Ausmass mit ihrem konkreten Umfeld befassen, mit Bündnispartner_innen wie etwa der eigenen Bewegung. Es braucht Bewusstsein über eine entschlossene Gegner_innenschaft. So auch 1973 in Westdeutschland: Wenn von jener Streikwelle gesprochen wird, dann ist sehr oft von zwei bestimmten Ereignissen die Rede. Einerseits vom Streik im Kölner Fordwerk 1973 und andererseits vom Kampf bei Pierburg in Neuss, der im selben Jahr stattfand und von weiblichen Arbeiterinnen initiiert und gewonnen wurde.

Vom Streik zur wilden Streikbewegung

Tatsächlich fand 1973 aber eine Streikwelle statt, welche sich nicht auf einzelne, grössere Betriebe beschränkte, sondern die auch viele kleinere und mittlere Betriebe und Zulieferer der Konzerne umfasste. Die Streikwelle begann schon im Februar 1973, unter anderem in der Schlossfabrik in Velbert und bei Hoesch in Dortmund, kurz nachdem die IG Metall schlechte Tarifverträge für Metall- und Stahlindustrien abgeschlossen hatte. Tarifverträge entsprechen den schweizerischen Gesamtarbeitsverträgen. Die damals ausgehandelten Tarifverträge wurde zwar von vielen Kolleg_innen an der Urabstimmung angenommen, jedoch fand rasch eine Spaltung der Belegschaften anhand dieser Frage statt. Diese Spaltung hatte mit den sehr segmentierten Belegschaften zu tun. So wurde im März schliesslich die Abschaffung der unteren Lohngruppen gefordert, eine Forderung, die auf Segmentierung und Spaltungslinien vieler Belegschaften verweist: (Migrantische) Kolleg_innen wurden nach rassistischen und sexistischen Kriterien unterbezahlt und hatten gleichzeitig in den Gewerkschaften wenig Einfluss. Letztere handelten Verträge aus und taten dies tendenziell über die Köpfe der schlechter Bezahlten hinweg.



2012 bei die Buchmacherei erschienen: die Arbeiterinnen in Neuss gewannen, andere nicht.

Eskalation und mediale Schlammschlacht

Im Sommer 1973 nahmen dann die spontanen Arbeitsniederlegungen zahlenmässig zu und eskalierten zunehmend. Dabei kamen Streiks schwerpunktmässig in Betrieben der Maschinenbau- und Automobilindustrie vor und erreichten ihren Zenit im August. Auch bei Opel in Bochum wurde wild gestreikt. Die gesamte Streikbewegung war mit grosser Repression konfrontiert. Betriebsleitungen griffen zu Aussperrungen und reagierten mit Werksschutz und Polizei gegen streikende Arbeiter_innen. Begleitet wurde diese Konfrontation von einer rassistisch aufgeladenen, medialen Kampagne: Vielerorts war von «Türkenstreiks» zu lesen, die Kämpfenden wurden durch die Presse noch stärker diffamiert als sonst schon. Die Streikbewegung entwickelte dagegen eine hohe Solidarisierung mit Bezügen auf Proteste und gemeinsames Interesse mit anderen Belegschaften.

«Unterschichtung» als Hintergrund

Zwar mögen unzureichende Tarifabschlüsse und die Forderung nach einer besseren Lohnpolitik ein Auslöser der Proteste gewesen sein, bedeutende Ursachen der Streikwelle finden sich aber in der generellen Schlechterstellung von Frauen und migrantischen Arbeiter_innen in temporären Verhältnissen und schlechten Lohnkategorien, kurz: in der «Unterschichtung» der Arbeiter_innenklasse. Hierbei dienen Pierburg und Ford als plakative Beispiele für Charakter und Ausgang der Kämpfe. In beiden Betrieben war eine besonders akzentuierte Unterschichtung der mehrheitlich männlichen, deutschen Stammebelegschaft durch Migrant_innen erfolgt. Die Lohnstruktur war – besonders bei Pierburg – im Hinblick auf sexistische Hierarchisierung mustergültig. Es existierten kampfbereite Teile der Belegschaften, die keine Gewerkschaft erkennen konnten, die ihnen im Kampf beistehen wollte. Die Folgen der Streikwelle waren ambivalent: Während Baha Targün, ein Streikführer von Ford entlassen und ausgeschafft wurde, schaffte Pierburg die «Leichtlohngruppe 2», welche für Frauen vorgesehen war, ab. Letzteres galt als Erfolg.

Lehren für die Revolution?

Die Versuchung ist naheliegend, die wenig privilegierte Form des Arbeitskampfes zu idealisieren, welche offenbar ohne vermeintlich lästige, offizielle Gewerkschaftsbewegung auskam. Wenige Jahre vor dem massiven Kriseneinbruch, der die objektive Grundlage für Arbeitskämpfe in Europa veränderte, stellte die wilde Streikwelle 1973 ein Lehrstück kollektiver Selbstermächtigung dar.

Diese Streikwelle zeigt die Relevanz gegenseitiger Solidarisierung auf und fand Betonung auf die Bewegung als kollektive Bezugnahme sowie als gemeinsame Basis von Einzelkämpfen. Daraus zu schliessen, dass Arbeitskämpfe ohne offizielle Gewerkschaftsstruktur grundsätzlich erfolgsversprechender wären, ist aber kaum die richtige Lehre aus dem Kampf. Ein Verhältnis zu den Gewerkschaften kann schwerlich umschiffen werden, auch 1973 waren die offiziellen Gewerkschaften trotz allen gegenteiligen Beteuerungen nicht unwesentlich. Sie dienten als wichtige Anlaufstellen und Zusammenkunft für Arbeitsmigrant_innen. Sie stellten die ersten Institutionen dar, die Hilfestellungen und Zeitungen für migrantische Beschäftigte boten. Der Kampf wurde in und um die Gewerkschaften geführt – wie erwähnt mit unterschiedlichem Ausgang.

REPRESSION

Hausdurchsuchungen wegen «linksunten.indymedia»

Bei fünf Genoss_innen wurden Anfang August in Freiburg durch das Landeskriminalamt die Wohnungen durchsucht und jede Menge elektronischer Medien und Geräte beschlagnahmt. Sie sollen das Archiv von «linksunten.indymedia.org» im Internet zugänglich gemacht haben.

(gpw) Revolutionäre Politik muss sich praktisch ausdrücken, muss das Macht- und damit das Gewaltmonopol der kapitalistischen Klasse und ihres Staates nicht nur in Frage stellen, sondern gezielt angreifen. Genauso wichtig wie die konkreten einzelnen Aktionen sind in diesem Zusammenhang deren politische Vermittlung gegen aussen in die «Breite», sowie die Vermittlung gegen Innen, in die Bewegung.

Bis am 25. August 2017 war «linksunten.indymedia» ein Synonym für diese Möglichkeit der Veröffentlichung, des Austauschs und der Entwicklung. «linksunten.indymedia» hatte zu diesem Zeitpunkt einen speziellen Platz eingenommen bei der Vermittlung von Inhalten, hauptsächlich in die Bewegung. Die Webseite war kein Instrument, um Inhalte oder Erklärungen breit zu vermitteln und streuen.

Ihr Ziel – Unsere Unsichtbarkeit

Jedoch konnten dort, vermittelt über Aktionen, inhaltliche Debatten angestossen werden. Erklärungen, die auf der Plattform veröffentlicht wurden, konnten danach verbreitet werden, damit konnte gearbeitet werden. Nicht zuletzt, und dies war wohl das Ausschlaggebende beim Verbot der Plattform, konnte darüber mobilisiert und organisiert werden. Nach den Strassenkämpfen rund um den G20-Gipfel 2017 in Hamburg, wurde die Webseite vom Bundesinnenminister de Maizière wegen «linksex-

remistischer Hetze im Internet» verboten, verschiedene Autoren hätten darauf zu Gewalt aufgerufen.

Bürgerliche Medien vermitteln unsere Inhalte nicht. Wenn sie Anschläge, Aktionen und militante Demonstrationen thematisieren, dann als bürgerliche Hetzen in der es um sogenannten Vandalismus und entpolitisierte Gewalt geht. Ihr Ziel ist die Diffamierung oder das Unsichtbarmachen von Inhalten, damit Aktionen jeglicher Art entpolitisiert werden können.

Unser Ziel – Vermittlung und Fassbarkeit

Wessen Moral und wessen Inhalte vermittelt werden, wessen politische Agenda vorangetrieben und welche als alternativlos dargestellt wird, lesen wir in jeder Zeile und hören es in jedem Satz der bürgerlichen Presse.

Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.

(F. Engels, Die deutsche Ideologie)

Ihre Moral ist nicht die unsere und ihre Gesetze bestimmen nicht unsere Formen. Vom Sprengstoff- über Brand- oder Farbanschläge bis zu Massenaktionen und Demonstrationen muss vermittelt werden, worum es geht. Egal wer oder was das Ziel einer Aktion wird, die Person, die Institution, ein Gebäude oder Fahrzeug, es steht für diese, ihre Produktionsweise oder eine bestimmte Auswirkung davon. Dieser Zusammenhang, der stets auch auf revolutionäre Ansätze und damit Perspektiven verweist, muss vermittelt werden.

Das Internet – ihr Territorium

Wir sind uns bewusst, das Internet, in diesem Fall eine Webseite, ist ihr Territorium und das lässt sich auch noch gut überwachen. Insbesondere wenn Inhalte offen zur Verfügung stehen sollen. Daher war die Arbeit, die von den Genoss_innen gemacht wurde, eine besondere und ebenfalls eine heikle. Dass das Archiv von «linksunten.indymedia» im Internet weiterhin abrufbar ist, ist ein Instrument, um die verschiedenen Inhalte und Beiträge zu den Themen und Aktionen aus diesen Jahren offen zugänglich zu machen und damit wichtig für das Verfolgen und Nachvollziehen von Entwicklungen.

Dass die Genoss_innen jetzt erneut angegriffen werden wegen dieser Arbeit, ist darauf zurück zu führen, dass sich die gesellschaftlichen Widersprüche zuspitzen und die Bourgeoisie und ihre Handlanger unsere Inhalte unterdrücken wollen. Dies zeigt in erster Linie eines, Angst haben sie nicht nur vor den Aktionen, diese werden mal klandestiner organisiert mal weniger klandestiner, jedoch selten so, dass der Repressionsapparat dies mitbekommt. Diese können sie weder mit dem Angriff auf «linksunten» verhindern, schon gar nicht mit dem Angriff gegen das Archiv. Was sie angreifen ist das, was sie linksradikale Hetze nennen, unsere Inhalte. Sie versuchen unsere Möglichkeiten des Austauschs und Vermittlung einzuschränken.

SERIE «I'M A VIRGO»

Punk not dead - überdreht mit dem Mainstream gegen den Mainstream

Die angesagte Serie ist «I'm a Virgo» von Boots Riley. Und weil sie von Boots Riley ist, dem erklärten und ungebrochenen Kommunisten aus Oakland, sagen auch wir sie an. Du solltest sie schauen, sie ist wild, überraschend, bizarr, herzerwärmend und selbstverständlich politisch radikal.

(az) Manchmal müssen wir beim Klamauk, der sich bei «I'm a Virgo» vor unseren Augen abspielt, mitdenken, um zu merken, dass politisch beissende Satire drin steckt. Meistens (und je länger die Serie andauert desto deutlicher) kommt's geradeaus – in your face. Wer den Film «Sorry to bother you» von Boots Riley gesehen hat, kann sich wahrscheinlich in etwa vorstellen, was das heisst. Aber nicht wirklich, denn die neue Serie ist beachtlich überdrehter.

Die Radikalität ist nicht immer subtil. Zwischendurch werden durch die Aktivistin, die den politischen Widerstand zu organisieren versucht, ganze Pamphlete verlesen, pathetisch und ernsthaft. Riley sagt im Interview lachend, das sei der neue Punk, darauf sei niemand vorbereitet und deshalb mache es besonders viel Spass.

Auch nicht subtil ist die Promo, die Boots Riley und die Crew für die Serie machen, da wird offen über den Anspruch, den Kapitalismus abzuschaffen, gesprochen. Nach dem Rassismus gefragt, der ähnlich wie in «Sorry to bother you» ein zentraler Teil der Serie ist und ironisch auf die Spitze getrieben wird, um dann zermalmt zu werden, antwortet Riley, die Serie behandle nicht Rassismus. Zwar schon, da er als Schwarzer aus Oakland das kenne und eine gut erzählte Geschichte sich ansiedeln müsse, wo man sich auskenne. Es gehe ihm aber um ein universales Thema, das sich unterschiedlich ausdrücke. Er hoffe, dass das Publikum das wiedererkennen und sich identifizieren könne. Schliesslich sei es ja klar, dass am Ende die arbeitende Klasse die herrschende Klasse über Bord werfen müsse, um eine bessere Gesellschaft zu bekommen und das gehe eben nicht ohne Solidarität zwischen den Unterdrückten, Organisation und Kampf.

Kritik an Amazon, Kritik durch Amazon

Das offen kommunistische Auftreten mag überraschen, da die Serie vom Klassenfeind amazon prime produziert ist und auch da läuft. Offenbar greift Amazon nicht ein und verspricht sich genügend Profit von der antikapita-



Ausschnitt aus «I'm a Virgo».

listischen Kritik, um damit leben zu können. Nicht überraschend ist hingegen, dass Riley für Amazon arbeitet. Er hält nichts von Theorien eines guten versus eines schlechten Kapitalismus. Entsprechend ist es ihm egal, welcher Kapitalist seine Serie finanziert. Das Privileg, in welchem sich das geneigte Schweizer Publikum bewegt, ist, dass wir uns der Frage, ob wir die Serie bei Amazon einkaufen wollen, nicht stellen müssen, da wir repressionsfrei piraten können und so genüsslich konsumieren können, was Amazon viel Geld gekostet hat. Boots Riley freut sich mit uns darüber, seine Hip Hop Band «The Coup» hat eine CD gemacht – sowas war damals üblich – die «Steal this Album» hiess. Aneignung ist eben nicht dasselbe wie zu glauben, dass wir mit unserem mageren Budget den Kapitalismus ändern könnten.

Märchen als Spiegel der realen Welt

Aber zurück zur Serie. Die Geschichte von «I'm a Virgo» bewegt sich im Bereich der Märchen und des Fantastischen. Ein übergrosses Baby wird geboren – im Sternzeichen der Jungfrau – was zwar den Titel gibt, aber zum Glück komplett belanglos ist. Es scheint in der dargestellten Welt zwar möglich zu sein, als Riese geboren zu werden, doch ist es keineswegs «normal», die dargestellte Welt unterscheidet sich nämlich nur marginal von der uns

bekannt. Die Familie hält das Kind deshalb versteckt, um es zu schützen und auf die Welt vorzubereiten. So wird das Kind zum Teenager und erwartungsgemäss wird sich der inzwischen vier Meter hohe junge Mann nicht mehr isolieren lassen, er will die Welt und insbesondere andere Menschen kennenlernen, was dann auch der Inhalt der sieben Folgen dieser ersten Season der Serie ist. Einmal draussen, empfängt ihn die Nachbarschaft nicht wie erwartet verängstigt, sondern freudig und stolz, diesen Riesen unter sich zu haben. So ist weniger seine Grösse das Problem, als seine klischierten Vorstellungen von der Welt, über die er nur aus Superhelden-Comics und dem Fernsehen informiert ist. Seine Ideale kollidieren dauernd mit der Realität und bilden eine einfache Möglichkeit, die Absurditäten und Abgründe der Gesellschaft aufzuzeigen. Was gleichzeitig die Gelegenheiten bietet, meistens fröhlich, zuweilen naiv, manchmal pathetisch, aber immer progressiv, dagegen anzukämpfen. Und natürlich, seine Grösse wird nicht von allen so freudig aufgenommen wie von den Nachbar_innen. Neben Sozialkritik, Afrofuturismus, Superfähigkeiten und Liebe gehört auch Action dazu. Mehr sollte nicht verraten werden. Schau es, stell dich auf alles ein. Es ist dennoch nicht, wie du es erwartest.

FRANKREICH

«Cela ouvre, aux révolutionnaires, des perspectives»

Heftige Aufstände haben nach der Ermordung von Nahel, eines Jugendlichen aus der Region Paris, Frankreich erfasst. Wir haben mit Genoss_innen in Frankreich gesprochen.

(agj) Ende Juni sind in Frankreich nach der Ermordung eines Jugendlichen in Nanterre in vielen Städten Aufstände ausgebrochen. Die Polizei, massiv mobilisiert um die Aufstände zu unterdrücken, wurde angegriffen, wie auch andere Symbole der Staatsmacht und der Repressionsstrukturen. Die Situation in den französischen Banlieues brauchte nur diesen Funken, um zu explodieren. Nahel wurde von der Polizei im Anschluss an eine Verkehrskontrolle erschossen, was tausende junge Menschen auf die Strasse getrieben hat.

Die Situation in den Banlieues ist schon lange kompliziert. Der Französische Staat baute, um auch schlechter verdienenden Menschen und Familien beherbergen zu können, grosse Siedlungen mit mehr oder weniger gleich aussehenden Wohnblöcken. Diese Siedlungen werden vor allem von Arbeiter_innen und Migrant_innen bewohnt, weil das die einzigen bezahlbaren Wohnungen in den Städten sind. So viele Menschen auf engstem Raum zusammen zu pferchen, soziale Destabilisierung und Perspektivlosigkeit, führen zu Problemen in Banlieues. Die einzige Möglichkeit für Junge Geld zu verdienen ist durch Drogenhandel und Kleinkriminalität. Klar sind da die Probleme mit den Bullen vorprogrammiert.

Schon 2005 gab es tagelange Aufstände nachdem zwei Jugendliche von Polizisten in den Tod gejagt wurden. Daraufhin wollte der damalige Präsident Sarkozy die Banlieues mit «dem Kärcher rausputzen». Doch in den Banlieues hat sich nichts verändert, die Menschen haben immer noch keine Perspektive und die Lebensbedingungen sind prekär wie eh und je. Das Staatssystem hat weder Möglichkeiten noch Interesse die Situation zu verändern.

Wir haben mit Genoss_innen und Aktivist_innen aus Marseille und Toulouse gesprochen, um Details und Einschätzungen über die heftigen Aufstände zu erfahren. Der Marseiller Genosse Luc ist unter anderem in der Rojava Solidaritätsbewegung aktiv. Und die Genoss_innen aus Toulouse sind in der Roten Hilfe Toulouse (RH Toulouse) organisiert, die zum Thema politischer Gefangener arbeitet und Teil der Roten Hilfe International ist.

Revolutionäre Linke marginal beteiligt

Von unseren Genoss_innen wollten wir von ihrer Rolle und über die Rolle der revolutionären Bewegung im Allgemeinen in diesen Aufständen mehr wissen. Sie waren sich einig, dass die Aufstände spontan ausgebrochen sind und sich vor allem junge Leute beteiligt haben, die in ihrem Alltag sehr oft schlechte Erfahrungen mit der Polizei machen. Die Jugendlichen und auf eine etwas andere Art auch die Erwachsenen sind sich in den Banlieues die Auseinandersetzung mit der Polizei gewohnt. Rassistische Kontrollen und pauschale Verdächtigungen von den Staatsbeamten sind an der Tagesordnung.

Die Spontanität der Aufstände brachte Gefahren für die Beteiligten mit sich. Viele, die auf der Strasse kämpften, waren sich der Möglichkeiten der Repression nicht bewusst. Luc erzählte aus Marseille über seine Erfahrungen während den Aufständen: «Am zweiten Abend, nach dem wir uns unter Genoss_innen über die anzuwendenden Taktiken ausgetauscht hatten, haben wir entschieden, an den Aufständen teilzunehmen und Medizinalmasken zu verteilen, isotonische Lösung gegen die Wirkung des Tränengases bereitzustellen und mit unserem Erste-Hilfe-Material vor Ort zu sein.»

Auch die RH Toulouse sah die revolutionäre Linke eher am Rand und als Unterstützende beteiligt: «Über die Rolle der Revolutionären in den Revolten lässt sich nur sagen, dass sie marginal war. Dafür gibt es einen einfachen Grund: Es war eine spontane Aufstandsbewegung gegen die Ungerechtigkeit, die von einem Sektor des Proletariats ausging, wo die revolutionäre Linke quasi nicht verankert ist.»

Krise in Frankreich

Allerdings waren die Reaktionen der revolutionären Linken bei den jetzigen Aufständen anders als bei den Aufständen von 2005. Damals brauchten die Revolutionären lange, um sich zu solidarisieren und die Positionierung war nicht so klar. Jetzt haben sich «die meisten Revolutionär_innen schnell mit den Aufständigen solidarisiert, sowie auch ein Teil der reformistischen Linken.» Weiter haben sich revolutionäre Organisationen im juristischen Kampf gegen die Repression beteiligt. Die politische Kri-



Strassenbild während den Aufständen – die Bullen müssen zuschauen

se in Frankreich drückt sich auf verschiedene Arten aus, durch die Regierung sowie auch auf der Strasse: «[...] diese Krise zwingt sie [die Regierung] zu einer antisozialen Offensive hier in Frankreich. Wegen diesen bisher nie gesehenen Angriffen, steht der französische Staat starkem Widerstand entgegen, wie die grosse Bewegung zur Rentenreform im Winter und Frühling 2023. Auch wenn diese soziale Bewegung es schlussendlich nicht geschafft hat, dass die Regierung diese Reform zurücknehmen muss, hat die Bewegung Spuren hinterlassen. Zudem hat die Bewegung an die Gilets Jaunes und an deren Theorie und Praxis angeknüpft. Diese Regierung, mit Macron als Aushängeschild, ist stark delegitimiert.»

Die massive Beteiligung von jungen Menschen an den Aufständen spricht dafür, wie kollektiv betroffen sich viele durch die Polizeigewalt fühlen. Die Spontanität von Aufständen kann eine taktische Überraschung gegenüber dem Staatsapparat zeigen. Luc meinte «die Geschehnisse, wie die nach dem rassistischen Mord an Nahel, haben ein enormes revolutionäres Potential, aber dieses Potential wurde von den demokratischen Kräften in Frankreich nicht ergriffen.» Und an den Aufständen beteiligt seien «vor allem junge rassifizierte Männer, zu einem nicht zu vernachlässigenden Teil haben sich auch Frauen beteiligt. Eines ist klar, es war die Jugend, die in diesem Moment auf der Strasse war.» Und die RH Toulouse betont die Wichtigkeit des Aufstandes für die Jugend: «Sie haben einen Moment bezeichnet, wo ein Teil der Bevölkerung von diesen Quartieren kollektiv den Kopf erhoben haben.» «Auch wenn die Revolte eine spontane war, hatte sie einen mächtigen politischen Charakter [...]. Der Aufstand wird eine ganze Generation tief prägen. Nahel wird zum neuen Symbol werden für eine Generation, so wie damals Zyed und Bouna (die zwei Jugendlichen, die 2005 von der Polizei in den Tod gejagt wurden).»

Soziale Medien im Aufstand

Bei jeder Revolte wird seit mindestens 15 Jahren in den Medien viel über die Rolle der sozialen Medien im Aufstand geschrieben. Vom arabischen Frühling bis zu den Aufständen in Hongkong, überall werden Twitter und Co. grosse Wichtigkeit beigemessen, wenn nicht gar behauptet wird, die sozialen Medien hätten die Aufstände erst ermöglicht.

Bei der Frage, welche Rolle die sozialen Medien in den jüngsten Aufständen in Frankreich spielten, haben unsere Gesprächspartner_innen unterschiedliche Punkte angesprochen. Einerseits hat Luc die Nutzung der sozialen Medien im Aufstand selber beleuchtet: «Die sozialen Medien sind das effizienteste Werkzeug in dem Aufständen im Bezug auf die verschiedenen Aufrufe sich im Gedenken an Nahel zu versammeln, die mittels Snapchat, Instagram und Twitter gemacht wurden. [...] Mittels diesen neuen Kommunikationsmedien haben sich die Aufstände organisiert. Ihre Rolle war essenziell, darum haben die bürgerlichen und kapitalistischen Eliten so Angst vor deren Nutzung bei solchen Anlässen und versuchen dann

die Nutzbarkeit einzuschränken.» Die RH Toulouse stellt die drohenden Einschränkungen der sozialen Medien in einen allgemeinen Kontext einer sich verstärkenden Repression. «Diese Repression zeigt, wie die Bourgeoisie ihren eigenen Liberalismus und ihre «Meinungsfreiheit» in Frage stellt, wenn sie sich bedroht fühlt. Damit zeigt sie selber, dass sie krank ist.»

Kontinuität der Entwicklung?

Frankreich machte in den letzten Jahren immer wieder Schlagzeilen wegen grossen sozialen Bewegungen und massiven Auseinandersetzungen auf der Strasse. Länger vorbei sind die Aufstände in den Banlieues von 2005. Näher zurück liegen die wochen- und monatelangen Proteste und immer wieder militanten Strassenkämpfe der Gilets Jaunes, der Mobilisierungen zur «loi travail», zur Rentenreform, usw. Gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen all diesen Mobilisierungen? Luc meint dazu: «Die gemeinsamen Punkte zwischen den Aufständen vom Juli und den sozialen Bewegungen, die von den Gewerkschaften und politischen Organisationen ausgerufen wurden, sind wenige. Ausser dem Willen, gegen die Angriffe des Nationalstaates Frankreich Widerstand zu leisten und gewissen Verteidigungstaktiken und Angriffen gegen die Polizeikräfte, gibt es wenig Gemeinsamkeiten zwischen den Bewegungen zur Rentenreform oder der «loi travail» und den Geschehnissen nach dem rassistischen Mord an Nahel. Im Gegenzug sind die Gemeinsamkeiten mit der Bewegung der Gilets Jaunes zahlreicher: So gibt es keine institutionalisierten Aufrufe, sich zu beteiligen, Selbstorganisation und Selbstverteidigungstaktiken sind weitere Gemeinsamkeiten». Die RH Toulouse ist grundsätzlich einverstanden: «Man sieht in den verschiedenen Kämpfen der letzten Zeit einen gemeinsamen Punkt: die klaren Rahmen der Volksaufstände sind zerbröckelt.» Die Gewerkschaften hätten nicht mehr einen so grossen Einfluss, die Aufstände entstehen unabhängig davon. Die Prekarisierung von Vielen würden ihre Organisation im Moment verhindern. Doch auf längere Sicht ist es genau diese Prekarisierung, die die Menschen auf die Strasse treibt und längerfristig zu einer Organisation führen kann.

Solange der Kapitalismus bestand hat, wird er weiter Gewalt reproduzieren. Die Polizei in Frankreich wird weiter militarisiert, z.B. werden mit dem massiven Einsatz von Schockgranaten immer wieder Menschen verletzt und getötet. Die Probleme der Organisation in den Banlieues werden bestehen bleiben, aber gegen die systemische Gewalt wird es immer Widerstand geben.

ROJAVA

«Wir können uns nicht auf Hilfe von aussen verlassen»

Anfangs 2023 hatten wir die Gelegenheit mit Newroz Ehmed zu sprechen. Sie ist Kommandantin der Frauen-Verteidigungseinheiten und auch der demokratischen Kräfte Syriens (YPJ & SDF Generalkommandatur). Das Gespräch widerspiegelt die zahlreichen Probleme, mit denen Rojava konfrontiert ist und den ungebrochenen Willen, durchzuhalten und eine bessere Gesellschaft zu erreichen.

Kannst du uns eine Einschätzung über die durch den Ukraine-Krieg veränderte Lage geben?

Der Prozess der Neuaufteilung hat nicht in der Ukraine angefangen, die Angriffe der Türkei im Irak und Syrien zeigen das deutlich. Die Türkei hatte in diesem Prozess die Führung, danach kamen Russland, die Nato und die Ukraine. Grenzen werden nicht mehr akzeptiert, das stellt eine tiefe Krise im System der Nationalstaaten dar.

Die Türkei verstärkt die diplomatischen Beziehungen zu Russland, bleibt aber Nato-Mitglied. Das heisst, für die Türkei eröffnet der Ukraine-Krieg einen Spielraum, um ihren Einfluss auszudehnen. Zum Beispiel diskutiert die Türkei mit Russland über Angriffe auf Syrien und die Machtaufteilung, ihre neo-osmanischen Pläne.

Die NATO auf der anderen Seite stört es, dass sich die Türkei Russland annähert. Als es im Zuge des Ukraine-Krieges zu Engpässen mit Weizen und Energie kam, konnte sich die Türkei aber als grosse Vermittlerin, als Friedensbringerin und Verfechterin der Menschenrechte hinstellen.

Wir sehen, dass der Ukraine-Krieg dazu geführt hat, dass viele Länder Kompromisse mit der Türkei eingegangen sind, obwohl offensichtlich ist, dass die Menschenrechtslage katastrophal ist. Die Opposition wird verhaftet, die Knäste sind voll. Im Krieg setzt sie vor den Augen der Weltöffentlichkeit chemische Waffen ein und mordet gezielt.

Gleichzeitig ist die Türkei dabei, sich im Mittleren Osten als starker Player zu etablieren, was angesichts der geschwächten Regierungen im Irak und Syrien leichtfällt. Der Iran hat schon sehr lange strategische Verbindungen zur Türkei und diese sollen nun zusammen mit Russland gestärkt werden, zudem ist der Iran ebenfalls geschwächt durch die Frauenaufstände.

Welche politischen Folgen hatte das Erdbeben?

Nach dem Erdbeben haben sowohl die Türkei als auch Syrien versucht, aus der Situation Vorteile zu ziehen. Die Hilfsgelder wollten sie dazu benutzen, die angeschlagene Wirtschaft wieder anzukurbeln. Aber die Krise hat sich vertieft. Durch die Politik des Nichtstuns kam es zu sehr hohen menschlichen Verlusten. Deswegen ist es auch für die Türkei klar, dass es nicht bleiben kann, wie es ist, denn es gibt eine sehr grosse Wut in der Bevölkerung. Die Türkei hat in bestimmten Gebieten absichtlich nicht geholfen, Hilfsgüter wurden teilweise sogar verkauft. Es wird eine sehr schmutzige Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung betrieben, eine widerliche Politik.

Bemerkenswert ist, dass die Türkei die Armee nicht für die zivile Hilfe eingesetzt hat, weil die Priorität auf der Sicherung der südlichen Grenze liegt. Sie hätte niemals die Armee zurückgezogen, ganz im Gegenteil gab es nach dem Erdbeben sogar eine Intensivierung der Angriffe. Die Strategie der Türkei ist klar: den Krieg auf die Tagesordnung setzen.

Der syrische Staat hat für das Durchkommen der Hilfsgüter die Aufhebung von Embargos verlangt. Aber das war alles nur, um Bashar al Assads Image aufzupolieren. Einige arabische Staaten sind darauf reingefallen und haben sich ihm angenähert. Aber in der syrischen Regierung gibt es keine Änderung. Assad hat eine Atempause bekommen und bleibt im Sattel, mehr nicht.

Militärisch sieht es so aus, dass nach dem Erdbeben, während unsere Leute noch mit dem Räumen und Bergen beschäftigt waren, die Türkei Angriffe gestartet hat. Sowohl mit Drohnen als auch mit Artillerie, mit Haubitzen, mit schweren Waffen. Auch die syrische Regierung hat die Hilfsgüter, die wir an Betroffene schicken wollten, nicht durchgelassen. Gemeinsam mit der späten oder gar nicht erfolgten Hilfe in den betroffenen Gebieten, erkennen wir die Absicht der Strategie des demographischen Wandels. Das erste grosse Sterben war das Erdbeben. Aber das zweite Massaker, das jetzt stattfindet, ist das Morden und die Politik der Vertreibung. Sie zielt darauf ab, die kurdische Bevölkerung und andere Minderheiten aus den Gebieten zu verdrängen.

Bisher hören wir nicht von Aufständen in der Türkei, die eine Veränderung erzwingen könnten. Gegen Erdogan gibt es eine Opposition, aber die ist nicht mehr so stark.



Sie ist zwar durch das Erdbeben etwas stärker geworden, aber sie steht halt nicht mehr wirklich an der Seite des Volkes, ist marginalisiert.

Die Kraft, die jetzt am wichtigsten ist, sind die Frauen. Wenn die es schaffen, eine starke Einheit aufzubauen, sich zu organisieren, dann können sie die Vorreiterinnen in diesem Prozess sein. Und Erdogan hat auch immer gezielt Frauen angegriffen, sei es militärisch-politisch oder gesellschaftlich, weil Erdogan weiss, dass es für ihn gefährlich wird, wenn Frauen aufstehen und deshalb versucht er das abzublocken.

Du hast von den demografischen Veränderungen als Waffe und als Teil des Spezialkrieges in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten gesprochen. Könntest du das ausführen?

Die Bevölkerung soll nicht von ihrem Land weg. Das ist das Ziel der Herrschenden und deswegen müssen wir schauen, dass wir erdbebensicheres Bauen ermöglichen. Deswegen müssen wir materielle Hilfe, aber vor allem auch immaterielle Hilfe leisten. Indem wir ihnen als Menschen, als Gesellschaft Bedeutung geben, ihnen zuhören, weil sie sehr viel Schmerz und Leid gesehen haben. Zum Beispiel in Afrin wird den Betroffenen gesagt: «Ihr könnt ja nach Idlip gehen». Aber was machen sie in Idlip? Dann können sie gleich nach Europa und dann wird die Türkei ihre Häuser beschlagnahmen, was genau das ist, was sie will. In Bakur und hier, in den besetzten Gebieten. Das heisst, am allerwichtigsten ist der Wiederaufbau. Wenn wir den nicht machen, dann geht die Bevölkerung nach Europa. Für uns ist diese Massenabwanderung keine Lösung.

Was versteht ihr unter Spezialkrieg?

Der Krieg wird nicht nur mit Waffen geführt. «Fake News» gehören dazu, also Lügen, die dann als Nachrichten verbreitet werden. Für einen Anschlag in Istanbul wurde Rojava verantwortlich gemacht. Wir haben recherchiert und haben die Lüge entlarven können. Aber man muss halt wissen, dass es Erdogan egal ist, Menschenleben zu opfern, um eine Legitimation für Krieg zu haben.

Ein weiteres Beispiel ist die Religion. Diese ganzen radikal-islamistischen Gruppen werden um Erdogan gesammelt. Wir als Kurd_innen erleben das direkt, aber sie sind eine Gefahr für die ganze Menschheit. Und Religion ist natürlich ein schwerer Angriff gegen die Frauen, gegen die Errungenschaften des Frauenkampfs. Was in Afghanistan passiert, soll auch in der Türkei passieren.

Verschiedene Embargos sind Teil des Spezialkrieges. Wasser ist zum Beispiel ein Kriegsmittel. Die Türkei lässt nicht zu, dass die Bevölkerung hier ihre eigenen Äcker bestellt. Und so muss die Bevölkerung das Land verlassen und nach Europa auswandern.

Sehr geschickt wird die Bevölkerung arm gemacht und die Armen zu Agenten, die für Geld praktisch alles zu tun willig sind. Und das nützt nicht nur die Türkei aus, das macht auch Daesh. Wir sprechen hier beispielsweise von Informationen, die dem Geheimdienst in die Hände gespielt werden. Auch von Drogen, die in Umlauf gebracht werden und von Prostitution. Verallgemeinert soll die Gesellschaft von ethischen Werten oder praktischer Moral getrennt werden, dann kann auch alles mit ihr gemacht werden, da setzt man besonders bei den Frauen an.

Die Drohungen, Morddrohungen, gezielten Anschläge und Exekutionen gehören zum Spezialkrieg. Dahinter steckt die Ansagen: «Hey, wenn du leben willst, hau ab.»

Als Gegenstrategie ist das Allerwichtigste, ein System der Selbstverteidigung aufzubauen, uns zu bewaffnen und zu bilden gegen den Spezialkrieg. Wir müssen schauen, dass wir unsere eigene Existenz in all diesen verschiedenen Bereichen verteidigen können. Und dabei ist nicht nur wichtig, dass wir eine militärische Kraft sind. Wir sagen nicht, es müssen jetzt alle in den militärischen Bereich, das wollen wir gar nicht. Es geht darum, dass sich die ganze Gesellschaft selbst organisiert.

Was sind konkrete Strategien gegen die Armut? Denn gegen die Armut hilft Moral und Ideologie nicht viel.

Wir versuchen unser eigenes Wirtschaftssystem zu stärken, das ist oft der Ackerbau. Allzu viele Möglichkeiten gibt es nicht und tatsächlich: Auf diesem Gebiet hat die autonome Administration Schwierigkeiten. Aber das Wichtigste ist, dass wir diese Schwierigkeiten selber lösen. Wir können uns nicht auf die Hilfe von aussen verlassen. Das gilt nicht nur für Rojava. Will eine Gesellschaft auf eigenen Beinen stehen, muss sie eine eigene Wirtschaft aufbauen. Aber natürlich gibt es Sachen, die wir von aussen annehmen können. Dafür sind diplomatische Beziehungen sehr wichtig.

Wenn wir zum Beispiel den Gesundheitsbereich anschauen sehen wir, dass wir auf Unterstützung angewiesen sind. Da sind wir einfach nicht auf einem ausreichenden Level, auch weil wir seit zehn Jahren im Krieg sind.

Das Gespräch wurde in Rojava von der AG-Frauenkampf geführt. Es ist in ganzer Länge online unter www.aufbau.org



LoRa 97.5 MHz

**Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monats**

**Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr**

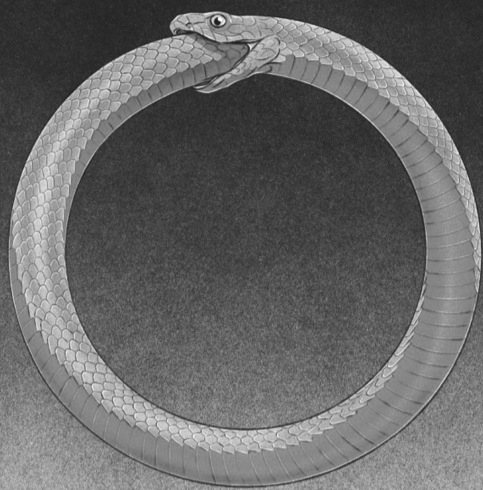
Nancy Fraser

Der Allesfresser

Wie der Kapitalismus seine
eigenen Grundlagen verschlingt

edition suhrkamp

SV



Nancy Fraser: Der Allesfresser – Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt

In ihrem neuen Buch stellt sich Nancy Fraser die Aufgabe, Marx' nächsten Schritt zu gehen und gibt uns damit Anregungen für den Klassenkampf im aktuellen Kontext von Finanzkapitalismus, staatlicher Kürzungspolitik und Klimakrise. So wie Marx hinter der Erscheinungsebene der Warenzirkulation die versteckte Mehrwertproduktion durch Ausbeutung betrachtete, schaut sie hinter die Bühne der offiziellen Ökonomie, auf die Reproduktion des Lebens und die Bedingungen, die die kapitalistische Warenproduktion erst ermöglichen. Sie argumentiert, dass wir unser Verständnis von Kapitalismus erweitern müssen, da er nicht nur ein Wirtschaftssystem sondern eine Gesellschaftsordnung ist. Zuerst betont sie die grosse Bedeutung der Enteignung rassifizierter, unfreier Bevölkerungen gegenüber der Ausbeutung doppelt freier Arbeiter_innen bei der ursprünglichen Akkumulation, aber auch heute, insbesondere während der Kapitalakkumulationskrise. Danach nimmt die materialistische Feministin die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung unter die Lupe und im folgenden Kapitel die ökologische Krise. Angereichert durch eine historische Perspektive zeigt Fraser auf, dass anhand dieser drei Widersprüche – zwischen Enteignung der rassifizierten und Ausbeutung der weissen Arbeiter_innen, zwischen weiblicher reproduktiver und männlicher produktiver Arbeit sowie zwischen von der Natur geschaffenen Lebensgrundlagen und menschlicher Arbeit – der Kapitalismus seine eigenen Existenzgrundlagen auffrisst. «Boundary struggles» (Grenzkämpfe) ist ihr zweiter, ergänzender Begriff: Er drückt die Klassenkämpfe um die Grenzverschiebungen bei der Unterwerfung von «ausserökonomischen» Lebensbereichen unter die Prozesse der Kapitalakkumulation aus. Diese sind historisch wie aktuell zentral für die Art und Weise der Verwaltung der karnibalistischen Widersprüche durch die Herrschenden. Damit werden Kämpfe, welche nicht direkt Arbeitskämpfe sind, in ihrem Verhältnis zu den Prozessen der Kapitalakkumulation sichtbar. Dieser Blick auf die oft verdeckten, aber notwendigen, ja ermöglichenden Bedingungen des Kapitalismus, gibt auch den Blick frei auf widerständiges Potential der Unterdrückten. Als Sorgearbeiter_innen oder in der Arbeit mit der Natur sind wir nicht völlig in der kapitalistischen Logik integriert und somit können dort Fragmente eines anderen, solidarischen Bewusstseins hervorgebracht und kämpfend entwickelt werden. Zum Schluss plädiert die Marxistin vage für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts durch Verbindung der Kämpfe. Diesen Faden können wir mit der Parole «Revolution für das ganze Leben» aufnehmen. Allerdings – wie dieser Sozialismus herbeigeführt werden soll, bleibt im Dunkeln.



Yves Demuth: Schweizer Zwangsarbeiterinnen – Eine unerzählte Geschichte der Nachkriegszeit

Von Emil Bührle – dem nazifreundlichen Kanonenproduzenten und Kunsträuber – war in den vergangenen Monaten oft die Rede. So ist auch bekannt geworden, dass er während dem Zweiten Weltkrieg flüchtenden, jüdischen Industriellen eine Textilfabrik in der Ostschweiz zum Spottpreis abkaufen konnte und in diesem Kontext von Zwangsarbeit durch junge Frauen profitierte. Die Menschen, die in seiner Fabrik zu unbezahlter Arbeit gezwungen und hierbei von katholischen Nonnen «betreut» wurden, hatte ihm der Sozialstaat geschickt, konkret die Fürsorgebehörden schweizerischer Gemeinden. Bührle mag die personifizierte Schreckensgestalt einer besonderen Epoche kapitalistischer Ausbeutung in der Schweiz darstellen, ein Einzelfall war er allerdings nicht: Zwangsarbeit fand in allen Landesteilen der Schweiz Verbreitung und hatte durchaus System. Hunderte, hauptsächlich junge Frauen wurden in der Nachkriegszeit zum Schuft für die Industrie verpflichtet. Sie wurden in eigens errichtete Heime eingesperrt und im Falle von Fluchtversuchen polizeilich gesucht. Fabrikanten in der Deutsch- und Westschweiz profitierten so von der Gratisarbeit in Textil- oder der Uhrenindustrie. Dies geschah durch enge Zusammenarbeit von Kirche, (Sozial-)Staat und Industrie: Es ging in einem ideologisch aufgeladenen, engen Rahmen von Arbeits- und Sexualmoral darum, die Betroffenen «an regelmässige Arbeit zu gewöhnen», wie dieses ausgefeilte pädagogische Konzept damals benannt wurde. Ausgerechnet beim Kriseneinbruch und der damit einhergehend dünner gewordenen Auftragslage für die schweizerische Industrie, galt dieses «Konzept» Mitte der Siebzigerjahre dann aber als veraltet. Widerstand gegen Zwangsarbeit ist allerdings spärlich dokumentiert und geschah mehrheitlich im individuellen Rahmen. Und doch wehrten oder flüchteten manche.

LANDESMUSEUM

Rote Zora und Schwarze Brüder

Im Landesmuseum Zürich wird zurzeit die Ausstellung über das Leben und Werk von Lisa Tetzner (1894-1963) und Kurt Kläber (1897-1959) gezeigt. Es ist ein Leben zwischen erstem Weltkrieg bis in die 1950er-Jahre, ein Leben von Flucht und Exil in der Schweiz und dem Schaffen zweier Klassiker der Jugendliteratur.

(gpw) Der erste Teil der Ausstellung dreht sich um das bewegte Leben des Autorenpaars Lisa Tetzner und Kurt Kläber. Die Szenografie wirkt hier etwas altmodisch, ist durch eine äusserst dezente Farbgebung und kaum Inszenierungen geprägt. Doch die Biografien der beiden Protagonist_innen sind packend und entführen die Besucher_innen in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Bewegte Leben

Lisa Tetzner wuchs in einer bürgerlich-konservativen Familie in Sachsen auf. Nach dem Besuch der höheren Töchterschule und dem Mädchenpensionat wurde sie Sozialarbeiterin, was sie jedoch nie wirklich glücklich werden liess. Sie besuchte Stimmbildungskurse, übte sich in Auftrittskunst und begann als Märchenerzählerin durch Deutschland zu wandern. Auf ihrer Tour lernte sie 1919 den Reisebuchhändler Kurt Kläber im Haus des Verlegers Eugen Diedrich kennen. Sie heirateten 1924 und liessen sich in Berlin nieder, wo Tetzner ab 1927 das Kinderprogramm des Berliner Rundfunks gestaltete, internationale Märchen publizizierte und eigene Kinderbücher schrieb.

Kurt Kläber absolvierte eine Ausbildung als Schlosser (andere Quellen geben Mechaniker an) und wurde 1916 zum Kriegsdienst eingezogen. Ein Jahr später kehrte er mit Herzbeschwerden als sogenannter Kriegsgeschädigter zurück. Nach dem Krieg arbeitete er als «fliegender Buchhändler», Journalist, Schlosser und Schriftsteller. Wohl aufgrund seines evangelischen und bildungsbewussten Elternhauses sympathisierte Kläber in seinen jungen Jahren mit dem religiösen Sozialismus, was auch Ausdruck in seinem ersten expressionistischen Gedichtband findet. Diese Strömung innerhalb der Arbeiter_innenbewegung versucht Kirche und Sozialismus zusammenzudenken.



Lisa Tetzner und Kurt Kläber

Seine weitere politische Biografie ist nicht restlos geklärt. Seriöse Quellen ordnen ihn als Spartakuskämpfer in Berlin 1918/19 und Mitglied der KPD ein. Das Landesmuseum attestiert Kläber eine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, einer Linksabspaltung der KPD. Auf jeden Fall wurde er 1933 für kurze Zeit inhaftiert und floh darauf mit Tetzner über Umwege in die Schweiz.

Kläber war ein umtriebiger Kommunist: Er reiste mehrere Male in die Sowjetunion, war Mitgründer des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller sowie Mitgründer und Herausgeber der Zeitschrift «Die Linkskurve». Zudem



Blick in die Ausstellung: Rote Zora und Schwarze Brüder, Landesmuseum Zürich, bis 12.11.2023

leitete er den Internationalen Arbeiter Verlag und fungierte als literarischer Leiter der Reihe «Der rote 1-Mark-Roman». Seine Werke fielen auch den Bücherverbrennungen der Nazis zum Opfer.

Flucht und Leben in der Schweiz

In Kontakt mit der Schweiz kam das Paar schon lange vor seiner Flucht, aufgrund einer schweren Krankheit Tetzners. Sie litt ab 1922 erneut an Knochenmarktuberkulose, was zu einer lebenslangen Versteifung ihrer Hüfte führte. Ab 1924 reiste das Paar in den Sommermonaten immer wieder zur Kur ins Tessin.

Aus dem Tessiner Exil fuhr Kläber zu Beginn immer wieder nach Paris und engagierte sich in der Dritten Internationale. Gegen Ende der 1930er-Jahre entfernte er sich jedoch vom Parteileben und wendete sich der Jugendliteratur zu. Lisa Tetzner schrieb weiterhin Jugendbücher und wurde Dozentin für Spracherziehung am Lehrerseminar Basel. Dieser Rückzug aus dem Politischen hängt womöglich mit ihrem unsicheren Aufenthaltsstatus zusammen. Bis 1945 mussten sie als Linke mit einer Ausweisung rechnen. Wie real die Gefahr war, zeigt ein Brief des Justiz- und Polizeidepartements von 1939: «Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass der Aufenthalt in der Schweiz für Sie und Ihren Mann nicht in Frage kommen kann [...]. Wir ersuchen Sie daher, Ihre Auswanderung nunmehr vorzubereiten [...]» Gegenüber den Schweizer Behörden führten sie keine politischen Gründe auf, sondern strichen ihre Verbundenheit zum Tessin und dem wohlthuenden Klima für Tetzners Krankheit hervor. Die Fremdenpolizei verlangte vom Schweizerischen Schriftstellerverband trotzdem ein Gutachten, das zu einem Berufs- und Publikationsverbot von Kläber führte. Tetzner war es jedoch erlaubt, weiterhin schriftstellerisch tätig zu sein und zu publizieren. Dem Paar wurde 1938 die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt, die schweizerische erhielten sie erst nach dem Krieg 1948 – zehn Jahre waren sie also staatenlos.

Antiautoritäre Jugendliteratur

In der Ausstellung wirkt der Übergang zu den beiden Hauptwerken von Tetzner und Kläber etwas fremd und gekünstelt. Zum einen wird den Besucher_innen ein Kurzausschnitt der Geschichte des Tessins zwischen Armenhaus und Sonnenstube geboten und zum anderen wird die Lebens-

reformer-Kolonie auf dem Monte Verità bei Ascona behandelt. Die Lebensreformer_innen verstanden sich als Verfechter_innen eines dritten Weges zwischen den Blöcken Kapitalismus und Kommunismus. Einzige Verbindung zu Tetzner und Kläber sind der Tessin und dass auf dem Monte Verità ebenfalls viele Geflüchtete aus Nazideutschland lebten, oftmals Künstler_innen.

Im zweiten Hauptteil der Ausstellung stehen die Bücher «Die rote Zora und ihre Bande» und «Die Schwarzen Brüder» im Zentrum, die in begehbaren Boxen behandelt werden, die szenografisch mittels Sprays und Illustration frisch und modern wirken. Beide Bücher sind 1941 erschienen, sind Klassiker der Jugendliteratur geworden und überzeugen durch ihren realistischen und sozialkritischen Fokus.

Die rote Zora wurde von Kurt Kläber geschrieben, musste jedoch aufgrund seines Berufsverbots unter dem Namen Kurt Held publiziert werden. Es gilt als sein erfolgreichstes Jugendbuch. Die Hauptfigur Zora ist die Anführerin einer Jugendbande. Die Kinder sind obdachlose Waisen, die in einer verlassenen Burg leben und gegen die Erwachsenen und die Ungerechtigkeit kämpfen. Dadurch geraten sie in Konflikt mit den herrschenden Gesetzen.

«Die Schwarzen Brüder» ist ein Gemeinschaftswerk des Paares und erschien in zwei Bänden. Protagonist ist Giorgio, der als Kaminfeger nach Mailand verkauft wird. Von seinem Meister mies behandelt, tritt er der Gemeinschaft der «Schwarzen Brüder» bei. Die Geschichte der Schwarzen Brüder fusst auf wahren Begebenheiten. Arme Tessiner Familien aus dem Verzascatal und dem Centovalli waren bis Mitte des 20. Jahrhunderts gezwungen, ihre Söhne für kaum Geld nach Norditalien zu geben, wo sie als Kaminfeger unter miserablen Arbeitsbedingungen und unter Todesgefahr arbeiten mussten. Das Leben der «spazzacimini» wird in der Ausstellung mit Objekten und Fotos, die von den haarsträubenden Bedingungen berichten gekonnt thematisiert und in Szene gesetzt.

Die Ausstellung «Rote Zora und Schwarze Brüder» gibt einen tollen, kompakten Einblick in das Leben des deutschen Autor_innenpaars Tetzner-Kläber. Für politisch motivierte Besucher_innen kommt der Teil der Politik etwas zu kurz. Doch vielleicht erschliesst man sich diese vielleicht besser mit dem Lesen von Kläbers Buch «Barrikaden an der Ruhr» oder der beiden Klassiker der antiautoritären Jugendliteratur «Die rote Zora und ihre Bande» und «Schwarze Brüder».

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkks), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkzz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org
Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel/Paramoia City Buch & Wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.